

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Socy- und Remelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebena und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einfachste Anzeigenbeilage 70 Pfennig, Restansätze 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pfennig (zwei bis zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort: 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 30 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tübbel 204-205
Verlag: Tübbel 2506-2507

Sonnabend, den 6. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postkassenzahl: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Telefont-Gesellschaft, Postfach 110 Lindenstraße 3

Die Entwaffnungsnote.

30 000 Polizisten weniger. - Kasernierung nur in den Städten. - Maschinenzerstörungen, Umorganisationen in den Betrieben. - Ablieferung von Stahlhelmen. - Auflösung des Generalstabs usw.

Die Entwaffnungsnote der Entente stellt in deutscher Uebersetzung eine Druckschrift von über 20 Seiten dar; wir veröffentlichen das Wesentliche aus ihr weiter unten. Im siebenten Jahre nach der Beendigung des Krieges erinnert diese Note Deutschland in der peinlichsten Weise daran, daß es ein besiegter Staat ist. Eine derartige ins einzelne dringende Einmischung von außen in die Angelegenheiten der Deutschen Wehr- und Polizeimacht wäre moralisch erträglich, wenn sie von einer Instanz ausginge, die allen Staaten gleichmäßig übergeordnet ist und alle mit gleichem Maß mißt. Allgemeine Abrüstung und ihre Kontrolle durch den Völkerbund ist ja auch sozusagen das ideale Ziel des Versailler Vertrags, einstweilen aber bleibt es dabei, daß nur die Besiegten abrüsten mußten und weiter abrüsten müssen, so wie die Sieger es ihnen nach ihrer Auslegung des Vertrags vorschreiben.

Die Entente glaubt Verstöße gegen das Entwaffnungs-diktat feststellen zu können, die einen „für den allgemeinen Frieden gefährlichen Charakter“ haben. Was sie aber im einzelnen an solchen Verstößen aufzählt, zeigt, daß diese Behauptung eine gewaltige Uebertreibung ist. Deutschland bedroht den Frieden nicht, es hat für alle absehbare Zeit auch gar nicht die Kraft, ihn ernsthaft zu bedrohen.

Die Forderungen, die gestellt werden und die nach der Auffassung der Alliierten sämtlich im Rahmen des Vertrags liegen, sind hart, und ihre Erfüllung ist peinlich. Die Lage, in der sich Deutschland befindet, ist äußerst unangenehm. Sie könnte besser sein, wenn man — was ein Gebot der Klugheit war — die Entwaffnungsbedingungen genauer, mit einer gewissen demonstrativen Deutlichkeit erfüllt hätte. Sie könnte auch besser sein, wenn wir keinen Rationalismus hätten, der durch die Art seines Auftretens der Gegenseite Vorwände liefert, aber zu dem, was er den nationalen Widerstand nennt, praktisch gar nichts beitragen kann. Gewiß heißt es die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man den gegenwärtigen Zustand der deutschen Rüstung als friedensgefährdend hinstellt. Aber wozu ist von deutscher Seite geschehen, um der anderen Seite ein solches Kunststück zu erleichtern!

Das Reichskabinett hat gestern unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg getagt. Es hat, soweit bekannt, keine Beschlüsse gefaßt, es will weiter beraten mit dem Ziel, die schwebenden Fragen durch Verhandlungen zur Lösung zu bringen.

Diese Absicht der Reichsregierung ist nicht zu mißbilligen. Es muß aber freilich bedacht werden, daß das Interesse, die Verhandlungen rasch zu einem abschließenden Ergebnis zu bringen, ganz auf der deutschen Seite liegt. Denn mindestens so lange, wie verhandelt wird, wird eben die nördliche Zone nicht geräumt!

Alles wird zum Schluß darauf hinauslaufen, welche innere Belastung die Reichsregierung auf sich nehmen, welche Opfer sie den zunächst betroffenen Stellen zumuten will, um die Räumung der ersten Zone zu erreichen. Es kommt darauf an, wie hoch man das nationale Ziel der Befreiung der nördlichen Zone einschätzt und wie hoch der Grad der Selbstüberwindung sein wird, den man aufbringen kann, um diese Befreiung herbeizuführen.

Nichts ist leichter als eine heroische Geste, wie sie z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ vorschlägt, nichts ist leichter als die Note der Entente „vor die Füße zu werfen“. Aber den Preis für diese heroische Geste würden nicht diejenigen bezahlen, die sie ausführen, sondern die Bewohner des besetzten Gebiets würden ihn bezahlen müssen. Und zum Schluß würde ihn Deutschland als Ganzes bezahlen müssen, da es ja als Ganzes an der Befreiung der besetzten Gebiete interessiert ist.

Das große nationale Ziel ist eben nicht die Beibehaltung der militärischen und politischen Organisation in der gegenwärtigen Gestalt, sondern es ist die Räumung des besetzten Gebiets. Und danach, wie die gegenwärtige Reichsregierung diese Aufgabe bewältigt, wird der Wert ihrer Leistungen zu bemessen sein.

An der Note der Entente Kritik zu üben, ist kinderleicht. Es gibt niemanden im deutschen Volk, der die einseitige Entwaffnung Deutschlands für gerecht hält und der die Ausführung der Vertragsbestimmungen unter der Aufsicht fremder Offiziere für eine Annehmlichkeit hält. Es ist kinderleicht, eine Regierung anzugreifen, die unter Einschätzung der gegebenen Machtverhältnisse das tut, was, von höheren Gesichtspunkten betrachtet, zweckmäßig und dem deutschen Volke nützlich ist. Das hat die Sozialdemokratie in der

Zeit, in der sie die Mitverantwortung an der Verhütung der deutschen Reichsschicksale trug, deutlich genug erfahren müssen.

Heute wird diese Hauptverantwortung von den Rechtsparteien getragen. Sie hatten ihren Anhängern vorge spiegelt, daß es ihnen möglich sein werde, die Machtverhältnisse zugunsten Deutschlands zu ändern. Man kann aber nicht bemerken, daß eine solche Aenderung eingetreten ist. Wenn eine nicht näher bezeichnete „diplomatische“ Stelle im „Berliner Total-Anzeiger“ den Ton der neuen Note besonders „konziliant“ und „höflich“ findet und wenn sie in diesem angeblich veränderten Verhalten der Entente „eine Rückwirkung der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten“ erblickt, so darf man sie um diesen Optimismus beneiden. Immerhin, wenn man den Ton der Note so höflich findet, so wäre es von der Regierung und der hinter ihr stehenden Rechtspresse sehr falsch, sie in unhöflichem Ton zu beantworten. Indes kommt es weniger auf den Ton als auf die Sache selbst an, und wenn diese damit endete, daß die Alliierten „höflich“ und „konziliant“ am Rhein sitzen bleiben würden, so wäre damit dem deutschen Volke schlecht gedient.

Vom internationalen sozialistischen Standpunkt aus ist zu fordern, daß sich die Entente deutschen Einwendungen gegen einzelne der gestellten Forderungen nicht von vornherein verschließt. Vom gleichen Standpunkt aus ist zu fordern, daß von beiden Seiten eine rasche Einigung angestrebt wird. Die Regierungen hüben und drüben haben es vielleicht gar nicht so eilig, denn die deutsche Regierung kann unangenehme Entschlüssen ausweichen, solange verhandelt wird — und solange verhandelt wird, bleibt auch der französischen Regierung der nicht allen Franzosen willkommene Entschluß erspart, die nördliche Zone zu räumen. Auf diese Weise könnte sich leicht ein gewisses stillschweigendes Einvernehmen ergeben, die miteinander zusammenhängenden Fragen der Entwaffnung und der Räumung möglichst lange in der Schwebe zu lassen.

Aber ein solches stillschweigendes Einvernehmen würde nur den Interessen der beteiligten Regierungen entsprechen, nicht denen der Völker. Das deutsche Volk hat ein dringendes Interesse an der Räumung des besetzten Gebiets, und das französische Volk hat nicht minder ein Interesse daran, durch Aufgabe der militärischen Besetzung einen wirklichen Friedenszustand zu schaffen.

Verhandlungen dürfen also nicht dazu führen, die im Interesse des Friedens notwendigen Handlungen ins Ungewisse zu verschleppen.

Der Inhalt der Note.

Die Note der Botschafterkonferenz wird mit der Aufzählung der wegen der Nichträumung der Kölner Zone bereits gemachten Noten eingeleitet und fährt dann fort:

Die Alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Vorbergründen zu stellen, daß die Gesamtheit der Verstöße der Deutschen Deutschlands, falls nicht schnell Abhilfe geschaffen wird, der Deutschen Regierung späterhin die Wiederaufstellung eines einheitlichen, den Gedanken des Volkes in Waffen verwirklichenden Heeres ermöglichen würde, im förmlichen Widerspruch mit dem Friedensvertrag, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebiets und zum Schutze der Grenzen bestimmt sein soll. Diese Tatsachen sind es, welche die Bedeutung jedes der festgestellten Verstöße in das rechte Licht setzen und dadurch ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben.

Um den Vertrag von Versailles in seinen grundlegenden Bestimmungen anzuwenden, ist deshalb die Beseitigung der wichtigsten Verstöße notwendig, deren Fortbestehen es verhindert, die militärischen Verpflichtungen Deutschlands als erfüllt anzusehen. Man muß sich vor Augen halten, daß diese Verstöße den ernstesten, aber nicht den einzigen Beweis für die Nichterfüllung dieses wesentlichen Teiles des Friedensvertrags durch Deutschland darstellen.

Die Alliierten Regierungen sind überzeugt, daß es von dem guten Willen der Deutschen Regierung und der deutschen Behörden abhängt, die Verstöße in verhältnismäßig kurzer Frist abzustellen. Letzten Endes ist es nunmehr Sache der Deutschen Regierung selbst, die Voraussetzungen zu erfüllen, die eine schnelle Räumung ermöglichen würden. Ihr selbst wird der Eifer, mit dem sie die geforderten Maßnahmen erfüllt, und die Sorgfalt, die sie auf die genaue Innehaltung der Vertragsbestimmungen verwendet, zugute kommen.

Die Alliierten stellen fest, daß die Reparationskommission (in einem anliegenden Schreiben) erklärt hat, daß

Deutschland heute getreulich keine Reparationsverpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgelegt sind, erfüllt.

Sie sind deshalb trotz der Vorbehalte, zu denen sie infolge der Nichterfüllung anderer Vertragsbestimmungen berechtigt sein würden, mit Rücksicht auf die ausschlaggebende Bedeutung, die sie der Erfüllung der militärischen Vertragsbestimmungen beimessen, bereit, den Befehl zur Räumung der ersten Besetzungszone zu geben, sobald die Verstöße behoben sein werden. Sie zweifeln nicht, daß während des zur Durchführung der in Rede stehenden Maßnahmen erforderlichen Zeitraums kein neuer erster Verstöß Deutschlands die Auswirkung des Artikel 429 hindern wird. Aus dem wird nichts mehr entgegengehalten, daß die Kontrollkommission abberufen wird, deren Aufgabe als beendet wird angesehen werden können. Diese Abberufung wird dem Völkerbundrat mitgeteilt werden, damit die von ihm zur Durchführung des Artikels 213 beschlossenen Maßnahmen angewendet werden können.

Die Deutsche Regierung hat nach ihren Notizen vom 6. und 27. Januar die für die Haltung der Alliierten maßgebenden Gründe anscheinend unzutreffend beurteilt. Um jedes Mißverständnis für die Zukunft zu vermeiden, versichern die Alliierten von neuem, daß sie sich aufs genaueste an den Artikel 429 zu halten gedenken.

Die Behauptung in der deutschen Note vom 6. Januar, daß die Alliierten mit der Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar 1925 eine Vergeltungsmahnahme ergreifen hätten, eine Behauptung, die schon in der alliierten Note vom 26. Januar widerlegt ist, stellt ein völliges Mißverstehen der Tragweite der Artikel 428 und 429 dar.

Es war Sache der Deutschen Regierung, sich den Vorteil der Räumung der ersten Besetzungszone unter den Voraussetzungen des Artikels 429 durch getreuliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu sichern.

Ebenso wenig können die Alliierten Regierungen anerkennen, daß ihr Beschluß einen Akt darstelle, dessen Schärfe außer jedem Verhältnis zu der Bedeutung der noch nicht erfüllten militärischen Verpflichtungen stehe. Unter diesen von der Deutschen Regierung in ihrer Note als untergeordnet hingestellten Verpflichtungen befinden sich im Gegenteil Bestimmungen, auf deren wesentliche Bedeutung die Deutsche Regierung von den Alliierten seit langem, insbesondere in ihrer Kollektionsnote vom 29. September 1922, vergeblich aufmerksam gemacht worden ist.

Judem hat die Deutsche Regierung nach dieser Note wiederholt, und zwar

nach ganz kürzlich neue schwere Vertragsverletzungen begangen, insbesondere durch die Einstellung von Zeitsfreiwilligen in die Reichsmehr, durch die an zahlreiche (nach den Vertragsbestimmungen verbotene) Verbände erteilte Genehmigung zur militärischen Ausbildung und durch die Begünstigung des Ausbaus gewisser Maschinenanlagen in den Fabriken.

Immerhin wollen die Alliierten Regierungen, in dem Wunsche, jede Auseinandersetzung zu vermeiden, nachdem sie so diese Irrtümer gekennzeichnet haben, aus der deutschen Note vom 6. Januar lediglich die Versicherung herausgreifen, daß die Deutsche Regierung bereit ist, alles zu tun, was von ihr abhängt, um schnell zu dem nötigen praktischen Ergebnis zu gelangen. Deshalb appellieren sie erneut und nachdrücklich an die Deutsche Regierung, daß sie mit dem nötigen guten Willen an die Regelung der noch schwebenden Fragen herangeht, eine Regelung, die der Ernst der Lage erheischt. Das ist für sie das einzige Mittel, um, nach ihren eigenen Worten, Deutschland durch die Befreiung eines Teiles des besetzten Gebiets eine Erleichterung zu verschaffen.

Es folgt nun eine Zusammenstellung der von Deutschland erfüllten militärischen Versailler Bestimmungen. Dabei werden unter anderem folgende

Bemängelungen

ausgesprochen:

Unter Ueberschreitung der zugelassenen Zahl von 100 000 Mann Reichswehr nehmen zahlreiche Mannschaften an kurzen Ausbildungskursen teil. Es bestehen verbotswidrig eine Zwischenkommandos teile zwischen dem Minister und den beiden Generalkommandos; eine dem Großen Generalstab entsprechende Einrichtung; Organisationen für die Vorbereitung des Krieges in Gestalt verschiedener quasi militärischer Verbände. Ungefähr 250 überzählige Beamte und Verwendung von Zivilkräften neben dem zugelassenen Personal.

Bei der Polizei ist die Mannschafstärke um 30 000 Mann überschritten. Ein Teil der Polizei ist militärisch organisiert und ausgebildet.

In vielen Fällen überschreiten die deutschen Aus-
rüstungslisten die durch die Kontrollkommission festgelegten
Anzahlslisten, hauptsächlich hinsichtlich der Ersatzstücke.
Außerdem hat die Kontrollkommission Einheiten mit über-
zähliger Bewaffnung festgestellt.

Bei gewissen Arten von Munition sind Ueberschreitungen
vorgekommen. Eine Anzahl von Festungsgefeßungen ist
noch nicht ortsfest eingebaut.

Von einer Anzahl nicht zugelassener Fabriken ist
bekannt, daß sie Kriegsmaterial hergestellt haben und noch
in der Lage sind, solches herzustellen. Andere besitzen noch
Einrichtungen, die den Friedensbedarf überschreiten. In den zuge-
lassenen Fabriken sind Fälle der Herstellung von Kriegs-
material vorgekommen, ohne daß die von der Kontrollkommission
vorher festgelegten Bedingungen erfüllt worden wären. Es besteht
eine gewisse Anzahl von Depots, Werkstätten, Magazinen und ande-
ren gleichartigen Anlagen, die nicht beseitigt worden ist.

Die Note zählt auf, was bis Februar 1925 an Kriegsmaterial
ausgefertigt oder zerstückt worden ist, welche Zahlen übrigens nach
deutscher Behauptung noch zu niedrig sind; dazu sagt die Note
aber: Im Heer und in der Polizei ist

überschüssiges Kriegsmaterial

vorhanden. Außerdem sind sogar noch vor kurzer Zeit verdeckte
Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden, und es ist sicher,
daß es in Deutschland noch viel verborgenes Material
gibt.

Die vorgeschriebenen Verbote der Ein- und Ausfuhr von Kriegs-
material sind noch im Stadium von Verhandlungen, um die Annahme
gewisser Gesetze und den Erlass gewisser Verordnungen herbeizu-
führen.

Das Verbot des Gebrauchs von Gasen, Panzerwagen
und Tanks besteht zwar, aber das deutsche Heer wird in dem
Gebrauch solcher Waffen ausgebildet.

Die Reichswehrsoldaten sind zwar für 12 Jahre verpflichtet,
doch ist durch sichere Beweise festgestellt, daß das deutsche Heer
Mannschaften (Zeitfreiwillige) für kurze Fristen einstellt
und ausbildet und es sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen ehe-
malige Offiziere offiziell Ausbildungskurse im Heer
durchmachen. Unzulässig ist auch die Artillerieschule in Wilhelmshaven
und ein

Ausbildungssystem für Generalstabsoffiziere,

ähnlich dem der Vorkriegszeit.

Verschiedene Vereinigungen halten militärische
Übungen ab, und in sehr vielen Fällen wirkt das deutsche Heer
durch Gewährung von Ausbildungsvereinfachungen
mit. Es gibt gewisse Organisationen oder Bestim-
mungen, die einzig im Hinblick auf die Vorbereitung der
Mobilmachung zu bestehen scheinen.

Weitere Bemerkungen lauten: Einzelne Deutsche,
zum Teil von hohem militärischen Rang dienen verbotswidrig in
fremden Heeren.

In mehreren Fällen sind Neubauten und Wiederherstellungen
arbeiten zur Verbesserung der Festungen ausgeführt
worden. Unterlassung von Verwaltungs- und anderen Maß-
nahmen, die zur Ausführung der militärischen Bestimmungen er-
forderlich sind, in zahlreichen Fällen.

Aun folgen die

Forderungen:

Polizei: Umgestaltung nach Artikel 162, Boulogner Note
vom Juni 1920 sowie der Entschlieung vom 18. April 1923. Zu-
rückführung der 31stärkte auf die durch die Note von
Boulogne für die Gesamtstärke der Polizeigestellen und
Beamten jeder Kategorie (Ersatzpolizei und sonstige Polizei) fest-
gesetzte Ziffer von 150 000. Verbot jeder Erhöhung dieser
Ziffer unter allen Umständen und in jeglicher Form.

Fabriken, Depots und Werkstätten: Durchführung der Zer-
störungen, Zerstörungen und Umstellungen in den privaten Fab-
riken mit Ausnahme der genehmigten Fabriken, in den früheren
staatlichen Werken (Deutsche Werke und andere), in den
genehmigten Fabriken; in den militärischen Anstalten;
in den Werkstätten der Truppenteile, in den polizei-
lichen Werkstätten.

**Auslieferung von gemessen, über die zugelassenen Mengen hin-
aus vorhandenem Gerät.**

**Organisation des deutschen Heeres gemäß Artikel 160, 161, 176,
178, 198 und 199, also Abstellung der im vorigen Teil der Note
hemängelten Verträge.**

Rekrutierung und militärische Vorbereitung: Beseitigung
der ungesunden Einstellungen, der Parte-
Probe- und Ausbildungszeiten, Regelung der vor-
zeitigen Entlassungen, keine Vorbereitung von Reserve-
kadern, keine Förderung und Duldung militärischer Verbände.

Kriegsmaterial: Angleichung der Gesetzgebung gegen Ein-
und Ausfuhr von Kriegsgerät, gegen Besitz und unerlaubte Her-
stellung von Kriegsmaterial sowie Handel mit Kriegsmaterial, gegen
militärische Auslagen, gegen Kriegseinstellungen.

Festung Königsberg: Einbau derjenigen Geschütze, bei denen
dies bisher noch nicht geschehen ist; Ablieferung des über-
zähligen Materials.

Rüfennachbildung: Einbau der Geschütze, bei denen dies bis-
her noch nicht geschehen ist.

Beseitigungen: Zerstörung von Eisenbahnen in dem
Rieler Reich. Zurückführung der Land- und Seefest-
stellungen auf den Stand, in dem sie sich bei Inkrafttreten des Vertrages
befanden.

Beseitigungspläne: Ablieferung dieser Dokumente an die
Internationalisierte Militärkontrollkommission und endliche Abliefe-
rung der Schriftstücke, betreffend Vorhandensein von
Kriegsgerät und Erzeugnissen der deutschen Fabriken wäh-
rend des Krieges und nach dem Waffenstillstand.

Bei all diesen Forderungen sind die Verfallter Artikel angegeben,
auf die man sie stützt.

Hieran schließt sich eine

ausführliche Liste der Maßnahmen, die notwendig sind,

damit die militärischen Verfallter Bestimmungen als in zufrieden-
stellender Weise erfüllt betrachtet werden können. Dabei werden
immer der gegenwärtigen Lage die durchzuführenden Maßnahmen
gegenübergestellt. Wir geben hieraus wieder, was wir unterbringen
können.

Die Polizei soll den Charakter eines regionalen und muni-
zipalen (gemeindlichen) Organs bewahren. Die Stärke der Ge-
samtheit der Beamten und Angestellten aller Kategorien (Ersatz-
polizei und sonstige Polizei) soll 150 000 Mann nicht übersteigen.
Die überzähligen Polizeistärken müssen zurückgeführt werden.
Jede Erhöhung der Bestände durch Hilfspolizei oder Freiwillige ist
untersagt. Der militärische Aufbau der Polizei ist zu be-
seitigen (Abkündigung der besonderen Stäbe, der Angleichung der
Polizeigrade an die militärischen Grade). Die Ausbildung
soll keinen gemeinschaftlichen militärischen Charakter tragen. Die
Kontrollkommission wird nach Prüfung der Vorschläge der Deutschen
Regierung die Verteilung der Bewaffnung der Polizei festlegen.
Das Statut für das Personal der Schutzpolizei soll dem für die
Ordnungspolizei entsprechen und diesem Personal ebenfalls den
Charakter von Beamten auf Lebenszeit verliehen.

Wenn die Deutsche Regierung das Erforderliche getan hat, wird
in einer gewissen Zahl bedeutender Städte eine staatliche Polizei
innerhalb der Gesamtstärke von 150 000 Mann zugelassen
werden; es wird dann die Unterbringung gewisser Teile der
staatlichen Polizei in Kasernen in einigen großen Städten
gestattet werden können. Die Kontrollkommission wird nach
Prüfung der Vorschläge der Deutschen Regierung diese Orte be-
zeichnen.

Alle tragbaren drahtlosen Unterstationen sollen vernichtet und
das überzählige Material soll zerstört werden.

Die Kontrollkommission wird die festen drahtlosen Stationen
bezeichnen, die beibehalten werden dürfen.

Die zur Durchführung der oben angegebenen Maßregeln not-
wendigen gelegentlichen oder Verwaltungsmaß-
nahmen, deren Wortlaut von der Kontrollkommission zu genehmi-
gen ist, sollen veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden.

Fabriken, Depots, Werkstätten: Hier werden u. a. folgende Be-
triebe in Groß-Berlin genannt:

D. W. B. in Wittenau — 1373 Maschinen sind noch zu
zerstören, einschl. 197, die nur die Werkstätte gewechselt haben.

Deutsche Werke, Spandau: Die erfolgten Zerstörungen
und Zerstörungen sind nachzuweisen. Ein vierter Martin-
ofen in dem während des Krieges eingerichteten Hüttenwerk ist
zu zerstören, ebenso das Gebäude des Bessemer-Stahl-
werks. Das Walzwerk ist einzuschranken.

Deutsche Werke, Haleshorst: Neue Werkstätten sind
in der Aufstellung begriffen, die fertigen Gebäude bleiben
erhalten; jeder in Ausführung begriffene Bau wird ein-
gestellt. Kein Neubau soll begonnen werden. Die in der
Aufstellung begriffenen Werkstätten sind zu beseitigen.

Derartige Forderungen werden auch gestellt für eine Reihe
anderer Fabriken im Reich. Bei

Krupp in Essen wird vorgeschrieben: Es sind noch zu zer-
stören: die großen Maschinen der Werkstätte Nr. 10,
11 Pressen zur Herstellung der komprimierten Explosivkörper,
ein Vorrat an Munition; der Fabrikationsplan für die
genehmigten Lieferungen an Kriegsmaterial ist der Kontroll-
kommission zu unterbreiten.

B. S. E. G. in Reinsdorf (Sprengstoff- und chemische
Großfabrik): Die Einrichtungen, die über die anerkannten Bedürf-
nisse zur Herstellung von zugelassenem Kriegsmaterial hinaus-
gehen, sind zu vernichten; die zur Herstellung von Zellu-
loid, insbesondere Zelluloid ohne Auflösungsmittel, benutzten An-
lagen sind noch derart umzugestalten, daß sie nicht zur Her-
stellung von Nitrogluzerin- oder Nitrocellulose-Sprengstoffen dienen
können. Die Benutzung der während des Krieges für die Herstellung
von Zelluloid errichteten Werkstätten ist zu verbieten.

Schließlich wird für

noch nicht namhaft gemachte Fabriken

die Vorlegung der Vorschläge hinsichtlich der Bezeichnung und der
Organisation der Werkstätten für die Lieferungen von militärischen
Fahrzeugen, Signalapparaten, Scheinwerfern, Brückenbaumaterial,
Nichtmittel für Fliegerabwehrbatterien und Küstenbatterien, Stahl-
helmen an die Kontrollkommission erfordert.

Auch für verschiedene militärische Anlagen werden Zer-
störungs- oder Anpassungsvorschriften gemacht, so soll z. B. das Gas-
schulager Hannover vollständig beseitigt werden.

Werkstätten der Truppenteile und der Polizei sollen beseitigt oder
verkleinert werden.

Die Ablieferungsbedingungen für überschüssiges Material erstreckt
sich auf Ersatzeile für Handfeuerwaffen, die z. B. die
Zusammenfassung von 15 600 vollständigen Gewehren oder Kar-
abinern, d. h. einem Zehntel der genehmigten Gesamtmenge dieser
Waffen, einschließen. Ähnlich verhalte es sich bei den Pistolen, Sä-
beln, Seitengewehren, Knegen usw. Abzuliefern sind weiter Er-
satzteile für Minenwerfer; die deutschen Bestände seien so hoch,
daß mit ihrer Hilfe aufgestellt werden könnten in jeder R. B. Kom-
pagnie (21 Kompagnien) ein leichter Minenwerfer ohne Rohr und
Gestell, in den Jagdmotoren insgesamt sieben vollständige leichte und
drei mittlere Minenwerfer. Abzuliefern sind ferner Ersatzeile
für Maschinengewehre, für Geschütze und Fahrzeuge der
Feldartillerie, Protzen für Minenwerfer und ähnliche Fahrzeuge, die
bei mehreren Kompagnien um 50 Protz höher seien, als die Höhe der
Kontrollkommission; Hufbeschlag, Wappatronen und
Pionierräder — von all dem sei jeweils die Hälfte

Von der Bewaffnung der Polizei sind abzuliefern alle Ma-
schinengewehre, die die Verwendung von jeder be-
liebigen Stellung aus ermöglichen. Diese Waffen sind nur zur Aus-
rüstung von Panzerwagen und zum Schießen des Wasserbüchses er-
laubt, die überschüssigen Ersatzteile für Maschinengewehre und Hand-
feuerwaffen und die etwa 80 000 Stahlhelme sind sämtlich abzu-
liefern, ebenso die Leuchtschiffe an Signal- und Leuchtgeräten der
Pioniere, die übergroßen Sprengstoff-Reservebestände der Zeug-
häuser, das Jumbo an Pferdegeschirren, an Bekleidungs- und Aus-
rüstungsbeständen, an Drehgestellen für Lokomotiven auf Schienen.

Sämtlich rüfellost ist folgender Vermerk über

Gasmasken:

„Das Heer ist mit Gasmasken versehen. Die Reichswehr darf einen
gewissen Vorrat an Gasmasken führen, der von der Kontroll-
kommission festgelegt wird.“
Zu den Forderungen betr.

Die Organisation des deutschen Heeres

wird u. a. gesagt: Die Vorschriften der Verordnung vom 11. August
1920, welche die Befugnisse des Oberbefehlshabers dem
Chef der Heeresleitung überträgt, sind aufzuheben.
Der Chef der Heeresleitung ist in seine alte Stellung als Chef des
Stabes des Reichswehrministers zurückzuverlegen. In die-
sem Zweck sind gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen,
deren Wortlaut der Zustimmung der Kontrollkommission bedarf, zu
erlassen und in Kraft zu setzen.

Unter Aufsicht der jetzigen Dienstzweige der Heeresleitung
wird behauptet, sie stelle eine in diesen Beziehungen dem Großen
Generalstab der Vorkriegszeit entsprechende Organisation dar.

Der Große Generalstab muß aufgelöst werden.

Zu diesem Zweck sind die Abteilungen der Heeresleitung
aufzuheben oder anders zu organisieren, soweit zu ihren Befug-
nissen die nachstehenden Fragen gehören: Beförderung von Offi-
zieren im Ruhestand (aufzuheben); Personal der Generalstabs-
offiziere (anders zu organisieren); Luftstat (aufzuheben); Inspek-
tion für Waffen und Gerät (als selbständige Abteilung aufzuheben und
mit dem Waffenamts zu vereinen); Gasabteilung (aufzuheben);
Zentraleisenbahnabteilung (aufzuheben). Die Ausbildung der
Generalstabs-offiziere darf lediglich in den genehmigten General-
stäben erfolgen, und die Offiziere, die diese Ausbildung erhalten,
müssen in die für das Kriegsministerium und die verschiedenen
Generalstäbe im Vertrage bestimmten 31stärken einbegriffen
sein.

Es wird weiter unter Führung von Einzelheiten der Organi-
sation behauptet, daß die militärische Organisation des Eisenbahn-
netzes noch immer, wie die 1914, auf Mobilmachungs-zweck
eingestellt sei; deshalb seien die Zentralabteilung der Heeres-
leitung (Z 7) und die 16 Linienkommissionen aufzuheben,
das gesamte, für Militärtransporte unterhaltene Sonder-
material zu zerstreuen, die besonderen Einrichtungen der
Eisenbahnwagen zu beseitigen, die Instruktionen oder
Befehle für die Militärtransporte durch Unterdrückung
der Abschnitte über die Mobilisierung des Transports von militä-
rischen Einheiten oder über Flugzeugmaterial in Einklang mit den
Vertragsbestimmungen zu bringen usw.

Da die vom Reichswehrministerium vorgeschlagene und im
August 1921 von der Kontrollkommission genehmigte Aufstellung der
31stärken nicht eingehalten worden sei, die Divisionsstäbe außer ihrer
vorgeschriebenen 31stärke von den Truppenteilen abkommandierte
Offiziere enthielten; bei den Truppenteilen, besonders bei der In-
fanterie, Ersatzlagers (Offiziere und Unteroffiziere) beständen, ohne
daß übrigens die zugelassene Gesamtstärke berührt worden sei, die
Infanterie gegenwärtig im Gebrauch des Infanterie-
geschützes, die Kavallerie im Gebrauch der leichten Maschin-
gewehre ausgebildet werde, die geschützten Lastwagen zur Beför-
derung von Mannschaften zur Ausbildung der Panzerwagen-
einheiten benutzt würden, Zivil-Luftfahrzeug für die Artilleriebeob-
achtung und andere militärische Zwecke gebraucht würden, wird be-
stimmt: Ein Gesetz oder eine Verordnung, durch welche die Auf-
stellung der 31stärken ausdrücklich festgesetzt wird, ist zu

erlassen und in Kraft zu setzen. Die Ausbildung im Gebrauch der
durch den Friedensvertrag nicht genehmigten Waffen ist zu verbieten,
ebenso das Zusammenwirken von Luftfahrzeugen aller Art mit dem
Heere.

Die 31stärke des Personals der Militärverwaltung

muß auf die vorgeschriebene Zahl herabgesetzt, die überzähligen
Verwaltungsgebäude des Heeres müssen endgültig ver-
äußert, die Lebensmittelreserven des Militärs verringert
werden.

Die Beibehaltung der nichtgenehmigten Küstenartillerieschule in
Wilhelmshaven wird unter dem Vorbehalt zugelassen, daß sämt-
liche Angehörige des Landheeres von ihr ausgeschlossen sind.
Da

besondere Einstellungen für kurze Zeit

in weitem Umfange vorgenommen werden (Warte- oder Probezeiten,
Ausbildungskurse, Zeitfreiwillige), so fordert die Note: Nur Ber-
pflichtungen für zwölf Jahre dürfen zugelassen werden.
Die Zahl der vorzeitigen Entlassungen darf das im Ver-
trag vorgesehene Verhältnis nicht überschreiten.

Da die

Ausbildung von Reserveoffizieren

fast allgemein gemorden sei, welche Tatsache übrigens für eine Divi-
sion vom Reichswehrministerium zugegeben worden sei, eine
gewisse Anzahl Unteroffiziere bei ihrer Entlassung den Charakter
als Leutnant erhalte und diese Maßnahmen als eine Vorbe-
reitung für die Mobilmachung angesehen werden könnten, so
wird auch hier bestimmt: Um diesen Verhältnissen ein Ende zu machen,
sind gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen, deren Wortlaut von der Kontrollkommission genehmigt werden
muß, zu erlassen und in Kraft zu setzen.

Weiter sagt die Note: Eine große Anzahl von Verbänden, wie

der Stahlhelm, der Wehrwolf, der Jungdeutsche Orden,

deren Mitglieder die Zahl von mehreren Tausenden erreichen, be-
fassen sich mit militärischer Ausbildung; einigen von ihnen werden
von der Reichswehr Schießstände zur Verfügung
gestellt und in vielen Fällen machen ihre Mitglieder
Ausbildungskurse im Heere durch. Förderung hierzu:
Beröffentlichung, gegebenenfalls Durchführung der beste-
henden oder neuerdings erlassenen Gesetze oder Verordnungen,
die verhindern sollen, daß die Verbände, welcher Art sie auch sein
mögen, sich mit militärischen Dingen befassen oder irgend-
eine Verbindung mit dem Kriegsministerium oder
einer anderen Militärbehörde unterhalten.

Der Punkt militärische Auslagen wird dahin erläutert,
daß das Gesetz vom 25. August 1924, das die Schleifung der
deutschen Festungen verbietet, nur für einen un-
bestimmten Zeitpunkt die Aufhebung der militärischen Aus-
lagen ins Auge faßt; lasse die Frage der Ausnahmen offen,
ja, es sehe sogar die Möglichkeit von Ausnahmen vor. Ueber-
dies ist keine Verwaltungsmaßnahme zu seiner Durchführung ge-
troffen worden, daher Förderung: Gesetze oder Verwaltungsmaß-
nahmen, deren Wortlaut von der Kontrollkommission genehmigt
worden ist, zum Zwecke der sofortigen und wirksamen Aufhebung
aller Zonen mit militärischen Auslagen, sowie ge-
gebenenfalls aller Verfügungen, durch die gewisse, gegenwärtig mit
Auslagen belastete Gebiete eine Ausnahmestellung erhalten.

Zur Aufhebung des Gesetzes über Kriegseinstellungen
(durch Gesetz vom 19. März 1924) scheinen — so sagt die Note —
die für die Ausführung bestimmten Verwaltungsmaßnahmen
nicht ergriffen zu sein. Außerdem seien in gewissen Ländern
die dem Reichsgesetz von 1873 entsprechenden Gesetze nicht auf-
gehoben. Beides soll nun geschehen.

Von den 38 Geschützen der Festung Königsberg seien statt
aller nur 4 fest eingebaut, 22 ruhten auf Lafetten der schweren
Feldartillerie, 12 seien Flugzeugabwehrgeschütze und alle Geschütze
müssen ausnahmslos ortsfest montiert, alles rollende Mate-
rial (Lafetten, Protzen usw.) muß ausgeliefert werden, ebenso
Ersatzteile.

Diese schwere Feldartillerie habe mindestens zum Teil
an den Randern von 1924 teilgenommen.

Auch die drei schweren Batterien in Wangerooz und
Swinemünde sowie drei schwere Batterien in Wilhelmshaven
müssen auf eingebauten Lafetten montiert werden; weitere
Befehle betreffen die Aufstellung der Batterien in Geestmünde,
Swinemünde und Pillau. Dabei sagt die Note selbst, daß ver-
schieden genehmigte Strandbatterien noch nicht in Stellung
sind.

Befehlen werden die an sich nicht befehlsgemäße Eisenbahn
Gottorf—Stohl im Rieler Reich und Arbeiten in den festen
Plätzen Böhen, Uim, Marienburg, Angolstadt und in den Küsten-
festungen Nordornen, Wangerooz, Wilhelmshaven, Rughoven, Selt,
Brunshüttel, Swinemünde und Pillau.

Zahlreiche noch fehlende Zeichnungen der festen Plätze und
befestigten Werke sollen abgeliefert werden.

Es folgt eine Liste von der deutschen Regierung bereits ein-
geräumten Zugeständnissen. Der Schluß der Note bildet folgendes

Schreiben der Reparationskommission an die Botschafterkonferenz.

Die Reparationskommission beehrt sich den Empfang des
Schreibens vom 27. Mai d. J. Nr. 217 zu bestätigen, in dem die
Botschafterkonferenz die Reparationskommission bittet, ihr mitzuteilen,
ob Deutschland heute seine Reparationsverpflichtungen, so wie sie
gegenwärtig festgelegt sind, getreulich erfüllt.

Die Reparationskommission beehrt sich auf diese Frage be-
jahend zu antworten.

Der Generalsekretär
Armitage Smith.

Offiziöses zur Note.

„Allseitige Erfüllung übernommener Verpflichtungen.“
Die Note über den vorläufigen Eindruck, den die alliierte
Note hier in den maßgebenden politischen Kreisen ge-
macht habe u. a.: es müsse angesichts der in der Note zugegebenen ge-
waltigen Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete
der Wristung befreunden, daß in der Note wiederum eine ver-
fehlte Auffassung der Alliierten über den deutschen Rüstungsstand
zum Ausdruck kommt und daß dabei von schweren deutschen Ver-
stößen und von der Nichterfüllung wesentlicher Bestimmungen
des Versailler Vertrages gesprochen wird. Die Ausführungen der
Note werden beherrscht von dem Zeitgedanken, daß Deutschland sich
die Möglichkeit zu verschaffen gewußt habe, zu gegebener Zeit eine
seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl entsprechende kriegsbereite
Armee aufzustellen. Dieser Gedanke, der den wahren Sach-
verhalt geradezu auf den Kopf stellt, muß mit der größten
Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Jeder, der aus den umfang-
reichen Dokumenten den eigentlichen sachlichen Kern herausfährt,
sieht sich vor die Frage gestellt, ob denn das alles ist, wozu die
Legende von dem waffenstarrenden und angriffsulustigen Deutsch-
land erklärt werden soll.

Auf der anderen Seite bringt die Note im Vergleich mit den
beiden alliierten Noten vom Januar d. J. und im Vergleich mit
sonstigen Auffassungen allierter Regierungen wenigstens den
Fortschritt, daß sich jetzt zum ersten Male mit einiger Sicher-
heit übersehen läßt, welche konkreten Einzelforderungen die
Alliierten noch an Deutschland stellen wollen, und daß sie die

ausdrückliche Verpflichtung

eingegangen sind, nach Befriedigung dieser Forderungen endlich die nördliche Rheinlandzone zu räumen. Wenn deutscherseits auch nach Kenntnisnahme der neuen Note nicht anerkannt werden kann, daß etwaige Rückstände auf dem Gebiet der Abrüstung die Nichtinhaltung des vertragmäßigen Räumungstermins rechtfertigen könnten, so hat die Situation doch eine wesentliche Klärung dadurch erfahren, daß die Alliierten sich nunmehr auf diese Verpflichtung festgelegt haben. Dabei kann aber niemals vergessen werden, daß es zur Erzielung dieses Ergebnisses eines Zeitraums von fünf Monaten bedurft hat, und daß die Erledigung der Räumungsfrage, d. h. die Befreiung eines wichtigen Teiles des Rheinlandes von der Last der fremden Besetzung, willkürlich um diesen Zeitraum verzögert worden ist.

Wäre man den Anregungen der Deutschen Regierung vom August und September v. J. über die Durchführung der Generalinspektion im Wege der Verhandlung gefolgt, so würde diese Verzögerung vermieden worden sein. Denselben Weg der Verhandlung wird man jetzt über zahlreiche Einzelpunkte der Note gehen müssen, wenn nicht erneut eine starke Verlangsamung der Erledigung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage eintreten soll.

Soweit sich ergibt, daß Rückstände gegenüber den Verpflichtungen der Deutschen Regierung bestehen, wird die Beseitigung alsbald erfolgen. Vielfach werden die Beanstandungen noch weiterer Klärung und Verständigung bedürfen, wie dies die Anlagen der Note auch selbst vorsehen. Daß sich Deutschland zu keinerlei Maßnahmen verpflichten kann, die bei lokaler Auslegung noch über die Versailles Bestimmungen hinausgehen oder die später beiderseits gebilligten Regelungen preisgeben, versteht sich von selbst.

Man ist sich

in den deutschen Regierungskreisen des Ernstes der Situation vollkommen bewußt.

wenn man auch die Tatsachen, die zu dieser Situation geführt haben, wesentlich anders als die Alliierten Regierungen beurteilt. Die Alliierten haben peinliche Innehaltung des Versailler Vertrages zugelangt.

Die Deutsche Regierung hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie gewillt ist, ihren vertraglichen Verpflichtungen getreulich nachzukommen.

Auf ihr Recht, dabei den eigenen Rechtsstandpunkt in der Auslegung des Vertrages zur Geltung zu bringen und damit den Anspruch Deutschlands auf Selbsterhaltung zu wahren, kann sie aber nicht verzichten. Nachdem durch die verspätete Bekanntgabe der alliierten Forderungen die Räumung der nördlichen Rheinlandzone, auf die Deutschland einen Rechtsanspruch hat, so lange verzögert worden ist, dürfen durch Forderungen, deren Vertragswidrigkeit sich etwa bei näherer Prüfung ergeben sollte, nicht weitere Rechtsnachteile für Deutschland entstehen. Die Deutsche Regierung hat kein anderes Ziel, als daß auf dem Boden allseitiger Erfüllung übernommener Verpflichtungen endlich ein wahrer Friedens- und fester Rechtszustand herbeigeführt und damit dem deutschen Volke Ruhe für den Wiederaufbau und für die fruchtbare Zusammenarbeit mit den anderen Völkern verschafft wird.

Coolidge für Antigaskriegskonferenz.

Alle Staaten sollen daran teilnehmen.

Genf, 5. Juni. (Ull.) Die Frage des chemischen und bakteriologischen Krieges stand heute abermals zur Debatte auf der Wallenhorst-Konferenz. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Burton, gab die bedeutsame Erklärung ab, daß seiner Anschauung nach eine Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens vom Februar 1922 durch alle Staaten genüge, denn der § 5 des Washingtoner Abkommens enthalte bereits das Verbot eines Gaskrieges. Sollten jedoch die hier anwesenden Staaten der Anschauung sein, daß eine neue Konvention unterzeichnet werden müsse, so sei Präsident Coolidge bereit, eine Konferenz nach Washington einzuladen, sobald die in Genf jetzt versammelten Staaten den Zeitpunkt hierfür gekommen erachteten. Zu diesem Zweck würde es genügen, wenn die in Washington vertretenen Staaten ihre dortigen amtlichen Vertreter beauftragten, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Neue Franzosenschlappe in Marokko.

Vor einer spanisch-französischen Konferenz.

Paris, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vom marokkanischen Kriegsschauplatz, wo seit Ende Mai verhältnismäßig Ruhe geherrscht hatte, wird eine ungewöhnlich heftige Offensive Abd el Krims gegen das Bergmassiv von Taounat, eines der Hauptstützpunkte der französischen Front, gemeldet. Das amtliche Kommuniqué ist in seinen Angaben ungewöhnlich lakonisch. Es teilt lediglich mit, daß die Kräfte der Armeegruppe Freydenberg eingeleitet wurden und daß diese nach sehr heftigem Kampfe die Offensive zum Stehen gebracht haben. Die Kämpfe sind jedoch noch keineswegs abgeschlossen. Nach Meldungen aus privater Quelle soll es Abd el Krim gelungen sein, den Franzosen eine schwere Schlappe beizubringen. Diese sollen nicht nur das Massiv von Taounat, sondern auch das Massiv von Albane, dessen Zurückeroberung in der zweiten Hälfte des französischen Truppen erst nach ungewöhnlich heftigem Kampfe gelungen ist, wieder haben ausgeben müssen. Aus einem Bericht des „Devoir“ geht weiterhin hervor, daß das französische Oberkommando die Zurückverlegung eines Teils der Front auf das Südufer der Bergha in Aussicht genommen hat.

Vom Quai d'Orsay wird am Freitag mitgeteilt, daß die mit der spanischen Regierung gepflogenen Verhandlungen zu der Einberufung einer spanisch-französischen Konferenz geführt haben, die demnächst in Paris oder Madrid zusammentreten und sich mit dem marokkanischen Problem und den damit zusammenhängenden Fragen beschäftigen soll. Die englische Regierung werde über alle Details dieser Konferenz auf dem laufenden gehalten werden. Im Widerspruch zu den in der vergangenen Woche von der französischen Regierung in der Kammer gemachten Erklärungen scheint es sich dabei weniger um den Versuch zu handeln, mit Abd el Krim auf dem Wege von Verhandlungen zu einem definitiven Friedensschluß zu gelangen, als vielmehr um Vereinbarungen über eine militärische Zusammenarbeit Frankreichs und Spaniens im Rif. Wenigstens deuten darauf Meldungen aus Mellilla hin, aus denen hervorgeht, daß Spanien dort ein Expeditionskorps in Stärke von etwa 20 000 Mann konzentriert habe, das demnächst die Operationen gegen Abd el Krim eröffnen soll.

Vor einer Caillaux-Krise?

Die Forderung der Sozialisten.

Paris, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gemäß dem am Donnerstag von den Gruppen des Kartells gefaßten Beschluß hat sich am Freitag eine aus vier Delegierten der vier Linksparteien zusammengesetzte Kommission zu Painlevé und

Caillaux begeben. Die Konferenz hat zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die von Caillaux eingebrachten finanziellen Reformprojekte gegeben. Painlevé gab einleitend die Versicherung, daß die Regierung bereit sei, gemeinsam mit den Gruppen der Linken nach einer Formel für eine Verständigung über die geplante Sanierung der Finanzen zu suchen. Caillaux gab sodann ein eingehendes Epitome der finanziellen Situation und der von ihm für unerlässlich gehaltenen Maßnahmen zur Herstellung des Budgetgleichgewichts. Den ihm gemachten Vorwurf der Unangebrachtheit seiner an der Finanzpolitik des Ministeriums herriof geübten Kritik wies Caillaux zurück unter voller Aufrechterhaltung der von ihm darüber zum Ausdruck gebrachten Auffassung. Es kam darüber zu einer lebhaften Kontroverse zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Finanzkommission, Vincent Aurioi, der die Richtigkeit der von Caillaux aufgemachten Rechnung bestritt und mit großem Nachdruck die Forderung der Sozialisten auf Einführung einer Vermögensabgabe verteilte. Die's Verlangen wurde sowohl von Caillaux wie von Painlevé abgelehnt, von dem Ersteren mit der Erklärung, daß er bereit sei, zurückzutreten, falls die Linke zu ihm nicht das volle Vertrauen habe, das er zur Fortführung des begonnenen Werkes unbedingt nötig habe. Es wurde vereinbart, daß Caillaux Anfang nächster Woche in der Finanzkommission das gesamte Programm der von ihm in Aussicht genommenen Maßnahmen bekanntgeben und daß im Anschluß daran versucht werden soll, in Fortführung der direkten Aussprache zu einer Einigung zwischen der Regierung und den Kartellparteien zu gelangen.

Regierung Pouillet doch wahrscheinlich.

Fünf Sozialisten — fünf Katholiken.

Brüssel, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Freitag war entscheidend für die Krise. Es ist jetzt fast sicher, daß die sozialistisch-christlich-demokratische Koalition unter Pouillet zustandekommt. Die katholischen Kammer- und Senatsfraktionen haben sich mit 74 gegen 42 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugunsten der Koalition ausgesprochen. Der Generatrat der Arbeiterpartei tagte gleichfalls als Vorbereitung zum Kongreß, und obwohl keine formelle Abstimmung stattfand, so war die Stimmung dennoch viel stärker zugunsten dieser jetzt als fast unvermeidlich betrachteten Lösung. Die neue Regierung dürfte sich wie folgt zusammensetzen: 5 Sozialdemokraten: Vandervelde, Neuhof, Bauwens, Indultie und Arbeit, Camille huysmans, Unterrichts, Ansele, Eisenbahnen, Paktur oder Labouille, Inneres; fünf Katholiken: darunter Pouillet als Ministerpräsident und Tshoffen. Der Kriegsminister soll ein neutraler Offizier werden, den die Sozialisten vorschlagen sollen, vermutlich Oberst Keften. Aller Voraussicht nach wird der sozialistische Kongreß dieser Lösung zustimmen.

Japan bietet sich als Retter an.

Starke Unbehagen in London.

London, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Note, die Japan am Donnerstag an die chinesische Regierung gerichtet hat und in der es militärische Hilfe für die Aufrechterhaltung der Ordnung anbietet, hat in London große Beunruhigung hervorgerufen. Man ist in britischen Kreisen der Meinung, daß die Folgen der von Japan vorgeschlagenen Maßnahmen nicht abzusehen seien. Japan wird vor diesem Schritte gewarnt. Man glaubt, daß England und die Vereinigten Staaten niemals erlauben würden, daß Japan allein vorgehe. Auf jeden Fall würden sich dann die anderen Mächte an der Hilfsaktion beteiligen.

Antwortnote der alliierten Gesandten.

London, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die alliierten Diplomaten in Peking sandten eine Note an die chinesische Regierung, in der sie das Vergehen der Polizei in Shanghai damit zu rechtfertigen suchen, daß die Demonstranten durch ihre aggressive Haltung die Schuld an den Zusammenstößen trügen.

Der russische Botschafter Karakhan hat hingegen der chinesischen Regierung sein Beileid und seine Sympathie ausgesprochen.

Solidaritätskundgebung der Arbeitergruppe in Genf.

Genf, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitergruppe der Arbeitstatenversammlung beschloß nach Anhörung einer Erklärung der Genossen Suzuki, Japan, Kall und Postle-Indien sowie Dawson, Australien, den chinesischen Arbeitern von Shanghai ein Sympathietelegramm zu senden und gegen die wiederholten Gewalttaten der Behörden von Shanghai zu protestieren. Genosse Mertens, Belgien wurde beauftragt, eine Untersuchung über die Lage der Arbeiter im fernen Osten einzuleiten und sie dem Gewerkschaftsbunde vorzulegen.

Auch der Vollzugsrat der englischen Arbeiterpartei hat eine Protestkundgebung gegen die Intervention britischer Truppen in Shanghai erlassen.

Deutschösterreichs Note.

Wieder ein Witzgang nach Genf.

Genf, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die österreichische Delegation wird beim Völkerbundrat folgende Mindestforderungen erheben: Freigabe von 18 Millionen Dollar aus dem Völkerbundkredit zur Elektrifizierung der österreichischen Bahnen; Durchführung einer Wirtschafts-Enquete zur Erleichterung des Transitverkehrs und Abbau der Zollschranken; ebenso soll die Auswanderung von Arbeitslosen gefördert werden. Im Zusammenhang mit diesen Plänen wird von dem baldigen Rücktritt des Generalkommissars Zimmermann gesprochen, dessen autoritäres Wesen die österreichische Handelsfreiheit schwer beeinträchtigt. In den Kreisen der Arbeitstatenversammlung verläutet, daß die französische Regierung sich zur Aufnahme von 10 000 österreichischen Arbeitslosen bereit erklärt habe. Entsprechende Verhandlungen seien eingeleitet.

Kommunistischer Laif. Bei der Eröffnung des russischen Pavillons auf der Internationalen Ausstellung für dekorative Kunst ist es gestern zu peinlichen Zwischenfällen gekommen. Der Kultusminister De Rozitz, der als Vertreter der französischen Regierung in Begleitung von zahlreichen Abgeordneten und Senatoren neben Herrn und Frau Kraussin der Eröffnung beiwohnte, wurde beim Betreten des Pavillons mit dem Gelang der Internationale und dem Rufe: „Nieder mit dem Krieg, es lebe Marokko!“ empfangen. De Rozitz und sämtliche Mitglieder der Delegation verließen daraufhin die Feier.

Und doch war's Walter Stoecker. Zu den englisch-offiziösen Darstellungen, der deutsche Kommunist Stoecker habe an dem kommunistischen Kongreß in Glasgow nicht teilgenommen und der angebliche Stoecker sei ein Strohmännchen gewesen, meldet der „Daily Herald“, daß Stoecker Mittwochabend persönlich in der Redaktion erschienen ist und seinen offiziellen Reisepaß als Mitglied des Deutschen Reichstages vorgezeigt hat. Außerdem wurde er von zwei Redaktionsmitgliedern, die ihn von früher her kannten, sofort wieder erkannt. Stoecker erklärte, er werde am nächsten Morgen England auf dem gleichen Wege wieder verlassen, auf dem er gekommen sei.

Der Fall Stinnes.

Krisenstimmung. — Schweigen der Beteiligten.

Weder über die Ursachen der inneren Krise des Stinnes-Konzerns, noch über die geplanten Umstellungsmassnahmen, noch über Art und Umfang der beschlossenen Stützungsaktion ist die Öffentlichkeit bisher von den beteiligten Kreisen unterrichtet worden. Nicht einmal die genaue Höhe der von den Großbanken gemeinsam mit der Reichsbank und der Goldbank bereitgestellten Stützungscredite sind der Öffentlichkeit genaue Angaben gemacht worden. In der Presse wird dieser Stützungsakt auf 50 Millionen Mark beziffert. Nach allem, was bisher zu erfahren war, geht diese Stützungsaktion weit über den Rahmen der Sanierung eines Privatunternehmens hinaus. Die ganze deutsche Finanzkraft ist für die Zwecke der Stützungsaktion angespannt worden. Ihre Vorbereitung hat sich in den letzten Wochen auf dem deutschen Geldmarkt fühlbar gemacht. Wenn Institute, wie die Reichsbank und die Goldbank, dieser Stützungsaktion Rückendeckung gewähren, so handelt es sich um eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, was ist und was geplant ist?

Um so mehr da die bisherigen Nachrichten eine Klärung der Wirtschaftshervorgerufen haben. An der gestrigen Börse hat die Baissepartei einen starken Vorstoß unternommen. Die Werte nichtbeteiligter Unternehmungen sind in den Strudel hineingerissen worden. Die „Berliner Börsenzeitung“ charakterisiert die Wirkung des Stinnes-Krachs auf die Börse mit folgenden Worten: „Die heutige Stimmung an der Börse kennzeichnete sich als geradezu verzweifelt.“ Mit einem Wort: Krisenstimmung.

Die industrielle Presse ist betroffen. Die „Berliner Börsenzeitung“ versucht kurzerhand, die Krise des Stinnes-Konzerns als Folge der wirtschaftsfeindlichen Politik hinzustellen. Mit Verlaß, in einem Augenblick, wo das Gedächtnis jener Wirtschaftsführer, die auf die Formel eingeschworen waren, daß die Wirtschaft vor dem Staate komme, zusammenbricht, sollte sich auch die schwerindustrielle Presse diesen Jargon etwas abgewöhnen. Die inneren Schwierigkeiten des Stinnes-Konzerns sind die Folgen der Ueberhebung und des Veragens der sogenannten Wirtschaftsführer, die sich in der Inflationszeit als Gründer betätigt haben, sie sind die Folgen jener ungesunden Inflationsgepflogenheiten, die mit der Formel, daß erst die Wirtschaft und dann die Währung saniert werden müsse, Währung und Wirtschaft in eine verhängnisvolle Entwicklung gerissen haben. Es ist wohl verständlich, daß die schwerindustrielle Presse den eklatanten Zusammenbruch dieser ungesunden Methoden zu vertuschen sucht und Ablenkungsmanöver unternimmt. Aber die Zeiten der Täuschung sind vorüber. Der Mythos Stinnes ist zerstört, und alle Versuche, die Krise des Stinnes-Konzerns zu beschönigen, sind umsonst. Mit heftigem Spott schreibt Felix Pinner im „Berliner Tageblatt“ über diese Veruche:

„Das gestern in später Abendstunde veröffentlichte Kommuniqué läßt die Dinge doch immerhin in etwas anderem Lichte erscheinen. Es ist zwar äußerst dürftig und nichtsagend gehalten, aber es sagt doch immerhin genug. „Wist man's, so wird man lebhaft an die amtlichen Heeresberichte aus der Kriegszeit erinnert, in denen Mißerfolge strategischer Natur und selbst schwere Niederlagen den zuerst ahnungslosen, aber bald genug verstandenen Völkern unter wohlklingenden Namen wie „Umgruppierung“, „Rücknahme in eine neue stärkere Front“ serpiert wurden.“

Die Öffentlichkeit muß wissen, was ist. Da die Stützungsaktion nicht nur darauf abzielt, einem notleidenden Privatunternehmen zu helfen, sondern aus allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten unternommen worden ist, um die drohende Krise zu bremsen, müssen die Gesichtspunkte des Allgemeininteresses in den Vordergrund treten. In scharfer Formulierung schreibt Pinner:

„Die Volkswirtschaft hat kein Interesse daran, daß dieser oder jener Inflationskonzern, daß selbst der größte dieser Inflationskonzerne geteilt und in irgendeiner Form aufrechterhalten wird. Die Volkswirtschaft ist aber durchaus daran interessiert, daß bei den eingeleiteten und noch weiter erforderlichen Maßnahmen in erster Linie Rücksicht auf die allgemeinen Gesichtspunkte der Wirtschaftsentwicklung genommen wird.“

Jedes Abweichen von diesen Gesichtspunkten bedeutet eine große Gefahr, die Gefahr, daß um der Privatinteressen eines Inflationskonzerns willen die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk abermals auf das schwerste bedroht werden würde.

(Siehe auch Wirtschaftsteil)

Täuschung der Öffentlichkeit.

Von gut unterrichteter Seite wird durch Wolff-Bureau zu den Vorgängen bei der Firma Hugo Stinnes, Rülheim, mitgeteilt:

Durch den Dualismus in der Geschäftsführung bestanden bei der Firma Hugo Stinnes wachsende Schwierigkeiten, die durch grundsätzliche Verschiedenheiten in der Auffassung der beiden geschäftsführenden Brüder verschärft wurden. Diese Mißstände sind nun endgültig behoben. Die Firma Hugo Stinnes, deren Besitzerin nach wie vor ausschließlich Frau Clara Hugo Stinnes-Wagantrecht ist, wird jetzt in deren Auftrage einheitlich geleitet von Herrn Hugo Stinnes junior. Von einer Auflösung der Firma zu reden, ist widersinnig.

Dem aus allen Ämtern, Funktionen, Beteiligungen usw. der Firma ausgeschiedenen Dr. Edmund Stinnes sind aus dem großen Firmenkonzern einige Werke abgetrennt worden, die mit dem „Wesen“ der Firma Hugo Stinnes in keinerlei ursächlichem, sondern nur in losem Zusammenhang standen. Die gestrigen Besprechungen in der Reichsbank haben ergeben, daß die Banken mit der Firma Hugo Stinnes genau so weiterarbeiten, wie in der Vergangenheit mit dem Vater. Die Firma Hugo Stinnes steht wiederum geschlossen unter einheitlicher Leitung da.

Die Gerüchte über den Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entbehren jeglicher Grundlage. Was den Abbau bei der Firma Hugo Stinnes betrifft, so handelt es sich nicht um die Abstoßung nennenswerter Objekte. Mit dem Abbau ist lediglich gemeint, daß durch die stramme Zusammenfassung der Geschäftsleitung nunmehr in einer Hand Verwaltungsorgane überflüssig werden und abgebaut werden sollen. Unter Umständen auch kleinere Unternehmungen, die nach Auffassung des jetzigen Leiters besser nicht in die Firma aufgenommen wären.

Der jetzige Leiter hat den entschlossenen Willen, die notwendige Liquidität der Firma aus eigener Kraft herzustellen, trotz der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage. Ein Teil dieser Maßnahmen war bereits vor geraumer Zeit geplant, konnte aber durch den Widerstand des Herrn Edmund Stinnes nicht durchgeführt werden. Jetzt ist die Bahn frei.



II. Südlich von Spandau liegt das idyllische Tiefwerder, das sich auch als Teil des neuen Berlin seine alte Dorfstraße erhalten hat, die einem toten Arm der Havel parallel läuft. Um die Häuser von Tiefwerder ziehen sich in vielen Krümmungen schmale Wasseradern, die irgendwo in den südöstlich gelegenen Stöchesee münden. Diese kleinen Wasserläufe machen Spandau mit seiner Industrie, machen Berlin und all das großstädtische Treiben vergessen. Auf der einen Seite alte Häuser zwischen leuchtendem Laub, auf der anderen weite Flußwiesen auf moorigem Boden. So bietet sich in Groß-Berlin an der Havel ein Bild von fast weltabgeschiedener Stille.

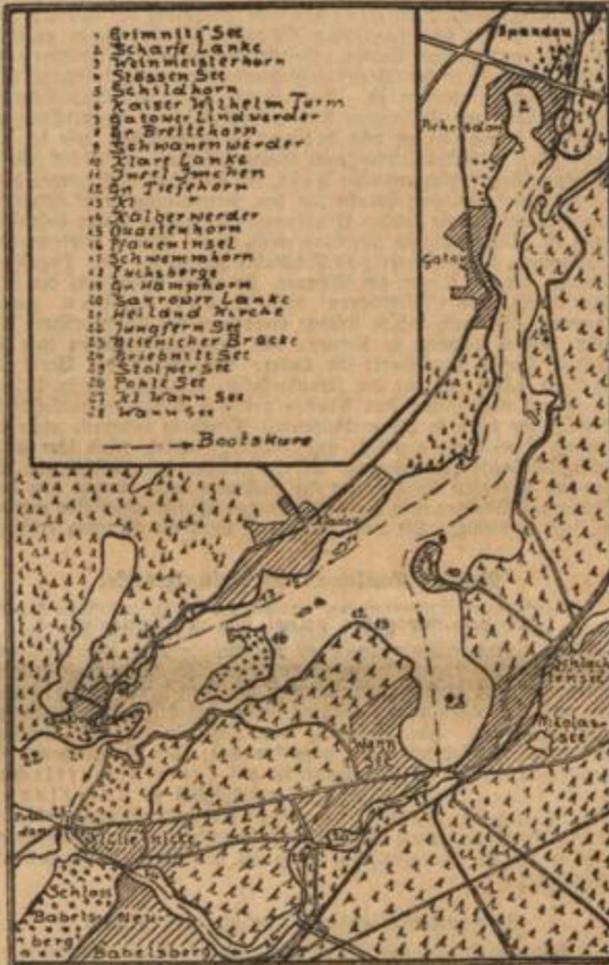
Von Tiefwerder nach Gatow.

Hier am taten Havelarm beginnt unsere heutige Fahrt. Neben anderen Ruder- und Paddelvereinigungen haben hier zwei Arbeiterpaddelvereine ihr Heim aufgeschlagen: die „Dichsdorfer Ruder-Gesellschaft“ und die „Annabestellung der Freien Schwimmer Charlottenburg“. Vor dem Bootschuppen der letzteren geht unser Boot an einem Sonnabendnachmittag zu Wasser. Von Staaten her braust ein grauer Flegler im sonnendurchflämmten Aether. Und unten gleitet erdgebunden unser Boot den blauen Havelseen entgegen. Kurz vor der Heerstraßenbrücke, die über den Stöchesee und gleich darauf über unsere Wasserstraße führt, gibt es noch ein kleines Wunder: den Grimmlisee, ein der Verlangung anheimfallendes Becken, das durch einen kurzen, flachen, baumübertraagten Kanal schnell zu erreichen ist. Hier ist ein wahres Fröschparadies. „Fogted“ nannte Villencron so etwas. Da sitzen die Trompeter zu Taufenden, und wenn ihre Stimmen lieblich tönen, dehnen sich an ihren Köpfen zwei überweiße Blasen, als ob sie plagen wollten. Selbst zudringliche Bootsinassen lassen sie nicht verstummen. Ohne Scheu herrschen sie in ihrem Reich. In flotter Fahrt geht es unter der Heerstraßenbrücke hindurch, vorüber an Pokalen und Bootshäusern, dem Dichsdorfer Gemünd entgegen, das von zwei schmalen Halbinseln umgeben ist, an die sich die „Schwarze Lanke“ im Westen und der Stöchesee im Osten schmiegen. Die östliche Halbinsel ist von niederen märkischen Wald bedeckt, der auf Hügeln thronet, die fast steil aus 10 bis 20 Meter Höhe auf den fernen Strand stehen. Hier arbeiten an sommerwarmen Tagen Maler vor ihren Staffeleien, und in immer neuen unerhöplichen Variationen wird das herrliche Havelbild der Wit- und Rachwelt überliefert. Rechts löst sich ein kleiner Leuchtturm, links eine Dackelbahn, und dann löst sich unser Boot aus dem engen Gemünd und strömt dem großen Wasser zu. Links das sagenumwobene Schildhorn, auf der das Denkmal an die wunderbare Rettung des Wendens Jaczow steht. Es ist zwischen den Bäumen aus der Ferne kaum zu entdecken. Dort, wo zu Lode gehegte Wendens einst zusammenbrachen, steht heute neben der schwarzweißroten Monarchistenfahne das Schwarz-Rot-Gold der Republik und erinnert daran, daß der Kampf noch nicht gestorben ist. Der Gastwirt auf Schildhorn hat beide Flaggen gefeiert. Er ist neutral, der gute Mann. Wir nehmen Kurs auf Gatow, dessen Häuser im schattigen Grün zu schlafen scheinen. Ein Havelstamm von einigen 100 Tonnen löst seinen Inhalt: Mauersteine, die sich rot und gelblich-braun auf grünere Wiesen blicken. Hier gehen wir an Land zu kurzer Rast. Drüben auf dem anderen Ufer ragt auf der Karlsruhöhe der rote Kaiser-Wilhelm-Turm, von dem der Berliner freundschaftlich als „Lehmans Turm“ spricht. Er ist eine ausgezeichnete Landmarke, die wüthlich, richtungweisend, sichtbar ist. Buntpunktige Punkte trabeln tief unter ihm am Strande wandernde Menschen. Die Havel ist an dieser Stelle ungefähr 600 Meter breit, und der Turm ist hier wohl anderthalb Kilometer von uns entfernt. Autoboote jagen durch das Wasser,

das sie in breiten Furchen aufwühlen, so daß die Wellen auf das Ufer springen und unser Boot gefährden, das wir im letzten Augenblick aufs Land in Sicherheit bringen. Diese jugendlichen Motorboote fürchten und haßt der Kanufahrer. Rügen sie ihre Maschinen aus-toben lassen auf freiem Wasser! Was geschähe wohl einem Autofahrer, der die Leipziger Straße mit 100 Kilometer durchfahren wollte? Was auf dem Lande nicht geht, soll auf dem Wasser er-zwungen werden.

Zu den Fuchsbergen.

Nun liegt der Turm auf dem Karlsberg hinter uns. Da taucht das liebliche Stadwerder auf, das man erst nach scharfem Auslug ent-deckt. Sein Grün vermischt mit dem der Grünwaldberge zur Einheit. Am Großen Breitenhorn haben sich Kanufahrer „zeitlich“



niedergelassen. Also gerüstet erwarten sie die Nacht. Breit stöht Schwänenwerder in die Havel. Von fern her leuchtet sein Ausfluchtsturm. Im Geiste sehen wir den Staatsanwalt, wie er hier auf dem Schwänenwerder den Angriff der Motorboote und Flugzeuge auf die Festung des Barms lenkt, die ein Stein des Anstoßes war für gewisse wohlstandliche Leute von Besitz und Bildung. Jetzt öffnet sich der Wannsee. Eine harte Welle treibt der Wind über die breite Fläche, die vom Süden des Wannsees bis Gladow mehr als vier Kilometer mißt. Große Kreuzer mit blendendweißen, gut durchgefeigten Segeln und schwarzweißroten Flaggen, auf denen nur zu selten das republikanische Feigenblatt der schwarzrotgoldenen Bösch sichtbar wird, rauschen vorüber. Die Sternlampen machen volle Fahrt. Ihre Nähe ist für uns gefährlich. Wie ein kleiner Blumenstrauch ragt die Insel Imchen auf. Links mahnen das große und kleine Utehorn an die Dampferkatastrophe vom 30. Oktober 1921, bei der der kleine Sternlampen „Storkow“ vom „Kaiser Wilhelm“ gerammt wurde und mit einem Duzend fröhlicher Menschen in die Tiefe sank. Wir passieren den Kälberwerder, und dann kommt die Pfaueninsel, das Haveljuwel, heran. Leider ist uns das Anlegen ver-boten. Man muß schon auf das andere Ufer zur Fährstelle und sich fünfzig übersehen lassen, wenn man das Uland betreten will. Hier laborierte der Alchimist Johannes Kunkel von Löwenstein, um einem ewig geldhungrigen Kurfürsten das ersehnte Geld zu beschaffen. Er mußte noch nichts von Atomzerpaltung und all den anderen Dingen der modernen Chemie, die sein Ziel nicht um des Geldes, sondern um der Wissenschaft willen erreichte. Er hatte Glück genug, als er Phosphor und Rubinglas fand und so seinen Namen in die Zukunft reichte. Die Pfaueninsel war der Zufluchtsort für den späteren Kaiser Wilhelm I., als er im Sturmjahr 1848 vor der wütenden Empörung der Berliner die Flucht nach England begann. Wir fahren auf der Nordseite der dichtbelebten Insel vorüber und be-gnügen uns mit dem zweifelhaften Anblick der als Ruine in ostlichem Stil erbauten Reiterei. Langsam legt abendliches Gemölde sich über die waldigen Hügel der Ufer und das Wasser. Unten bei den Fuchsbergen, von deren Höhe man auf der anderen Seite zum Sacrower See hernieder steigt, finden wir unter Zellbahn und Bäumen ein primitives Nachtquartier.

Heimfahrt.

Der nächste Morgen bringt viele Gäste. Bootsinassen aller Art landen. Wir aber stehen den Tag. Glühend brennt die Sonne. Kurz vor der Sacrower Lanke brüllt Donner, und Gewittersturm fündet sich an. Wir landen am marastigen Strand und warten, bis das Gewitter im Nordosten verehbt. Wieder laßt die Sonne, und nun läuft das Boot um die Sacrower Halbinsel herum durch flaches Wasser an Nilsolstoe und herrlichen Landungsstellen vorüber, die nur mit Erlaubnis zu benutzen sind, hinein in den Jungfersee mit Kurs auf die Gliender Brücke. Rechts liegt eine römische Basilika, die hellandsche, links herrlicher, idyllischerer Park. Vor der Gliender Brücke Sonntagsfahrer mit unsicherem Kurs. Ein Duzend von ihnen kann zur Verzeihung bringen. Als wir glücklich an ihnen vorbei sind, steuern wir in den Friedrich-Geopold-Kanal hinein, der durch den Grimmlisee, den Stolper- und Pöhl-See und endlich durch den kleinen Wannsee gebildet wird, die durch Kanäle miteinander verbunden sind. Diese Seen sind die Fortsetzung der Grünwald in nordöstlicher Richtung durchschneidenden Seenteile, die während der Eiszeit durch Schmelzwasser gebildet wurde. Links der Park von Neubabelsberg, den die berühmtesten Gartenkünstler des 19. Jahrhunderts, Cenné und Färst Pädle-Mustau, angelegt haben. Und dann die unlagbar kostbaren Villen von Babelsberg. Eine Lokomotive fährt: sie erinnert daran, daß die Station Neubabelsberg eigens zur Bequemlichkeit Kaiser Wil-

Schnod. Ein Roman von See und Sümpfen. Von Svend Fleuron.

Jede kleinste Bewegung der Beute merkt er: sie ist noch immer bei voller Kraft, und viele Pflanzenstengel und Wassergewächse sind im Wege... wird es ihm gelingen, den Fang an seiner feinen, zerreißenbaren Beine aus der Tiefe herauf-zuziehen? Mit einem Male macht Schnod kehrt und lauft mit einer solchen Kraft unter das Boot, daß nur eine Wahl bleibt: entweder bricht die Stange entzwei oder sie lauft mit. Der Holz-drechsler zieht es vor, sie loszulassen, in der hoffnung, sie auf der entgegengesetzten Seite wieder aufzufischen. Es geht, wie erwartet: die Stange wird sichtbar... steigt hoch... er beugt sich hinaus... und greift sie auf. Der Kampf und die Nervenanspannung beginnen von neuem — der behende spannende Wettkampf zwischen ihm und Schnod! Der Sturm braust seinen Herbststimmus durch das Schiff und kräuselt das Wasser zwischen den gelbgefleckten Wasser-lilienblättern, während die Sonnenstreifen, die da kommen und gehen, Tausende von Flämmchen in Laub und Röhricht ent-zünden. Es glüht, es funkelt, es blüht — und große, schwellende Septemberwolken treiben über den See dahin. Der geschickte Fischer hat nach und nach Schnod in seine Gewalt bekommen und sie behutsam bis dicht an das Boot gefockt. Er hockt sich nieder, legt die Knie auf die Reising und lehnt sich hinaus, den Reischer in der Rechten. Schnod, der sich plötzlich dem großen Schwimmgewöl so nahe sieht, zieht mit einem gewaltigen Rud an, der Holz-drechsler muß sich strecken, soweit sein Arm und Oberkörper überhaupt reichen, er vergißt, daß er sich im Boote und auf schaukelndem Boden befindet, verliert das Gleichgewicht und fällt mit einem Platsch über Bord, gleichzeitig das Boot um-werfend. Niemand sieht sein Unglück, und die schweren Wasser-lilien zwingen ihn hurtig hinab. Schnod rost rund um ihn herum, verwickelt ihn in die Schnur und zieht ihn auf den Grund. Hier zwischen den Steinen am Riff zerreiht die Schnur — während des Holzdrechslers lebloser Körper ins Röhricht hineintreibt. Gegen Abend trübt sich das Wetter... und das aufge-wühlte Wasser erscheint wolkig und sandig! Kleine Wellen

hüpfen auf, verweilen einen Augenblick auf ihrer Höhe, wie um zu versuchen, ob sie das Gleichgewicht halten können, um den Versuch dann aufzugeben und herabzurollen. Ein vereinzelter, armseliger Sonnenstreifen vermag wohl noch von Zeit zu Zeit all die trübverfärbten Farben auf-schwimmern zu lassen — die Wasserfläche überzieht sich dann mit einer Farbe gleich der eines schwarzen Damhirsches, und die Wasserlilienblätter werden zu schwimmenden Regenbogen-flecken. Im Schlammtal zwischen den Grundquellen beginnt Laach sich zu rühren. Sie pflert mit den lästigen Augen... die blaushwarzen Pupillen werden rund und groß. Dann zieht sie auf ihre nächtliche Streife über den See, windet sich durch die Steingrotten der Klosterzellen und findet ein neues Versteck unter einem kürzlich gekunkelten Boote. Mit dem Rausle im Spalt zwischen Grund und Reising liegt sie da wie ein Hund in der Hundehütte. Bis die Nacht hereinbricht und alles dunkel und still wird. Da läßt sie sich langsam mit den Wellen treiben, bis an die Schilfränder des Sees und nimmt als Gnadengeschenk von des Schöpfers Hand jeden ertrunkenen Hund oder Katze ent-gegen. Alles, was sich nicht über Wasser zu halten vermag... was tot umtreibt, gehört den Krebsen und ihr. Kneif hatte den Holzdrechsler bereits gefunden, als Laach kam. Brautfahrt. Beginnendes Frühjahr... der Hecht fängt an zu laichen! Tagelang hat Schnod, das gewaltige Fischweibchen, unbeweg-lich in den Grundgewächsen gestanden und auf den Ruf der Sonne gewartet. Jetzt kommt diese — eines Morgens bricht sie plötzlich machtvoll hervor und durchlenkt die Stengel-wälder des Rohrstaums. In den keinen offenen, geschützten Stellen zwischen dem Gestrüpp beginnt es zu leben und sich zu rühren; Plätschern erklingt allüberall, und dunkle, schuppen-gliedrige Körper erheben sich langsam aus dem Wasser. Dann prügeln sich die Jungfische, ihre Flossen schlagen wie Flügel im Sonnenglanz. Bald hält der Frühling auch in Schnods kaltem Herzen Einzug und macht das Eisblut warm. Sie schwimmt umher, den Körper voller sanfter Gefühle, und sie fühlt, wie es sie zu den flachen Ufern, zu dem Grase der Gräben und den idylli-schen Pfützen der Moore hinzieht. Und sie erinnert sich plögl-ich wieder ihres Brautgemachs: es liegt weit drinnen am

Ausgang eines breiten, sonnigen Wassergrabens, von blühen-den Weiden und hängenden Birken umrahmt, voller Sonnen-spiel und Schlagschatten und dem Plätschern zappelnder Männchen. Stärker und immer stärker braust der Frühling heran... und die Strahlen der Sonne dringen immer tiefer ins Wasser hinab. Die Pflanzenwelt leimt und steigt aus dem Schlamm mit Hertuleskräften, mehrt und verbreitet sich und öffnet sich zu weiter Umarmung. Und aus dem Stoppelwald des Teich-schiffes erheben sich junge Stengel — und all die herunter-gefallenen Weidenzweiglein, die rings umherschweben, treiben Schößlinge und schlagen Wurzel. Bald grünen die Bänke, und in den sauligen, schlammigen Biefen, wo Wasserlilie und Entengröße allgemach hängende Inseln bilden werden, beginnen braune Kröten und grüne Frösche zu quaken und zu trillern. Alle Arten Fische tummeln sich in Luft und Vergnügung. Und zum Schluß kommt Laach, die alte Einzelsängerin... ohne heimückliche Absichten nähert sie sich dem Ufer und legt im lobenden Sonnenaufgang ihre hunderttausend Eier zwischen die herdoormimmelnden Schachtelhalme und Gräser. Aber kein Bräutigam ist nahe; denn es gibt ja keinen: Plögen und Weißfische wühlen in ihrem Rogen — und hat sie geliebt, so wird ihr Herz wieder kalt, und sie sinkt mürrisch und ver-drossen zurück in die Tiefe. Schnods Eier wächst mehr und mehr... ihre tiefblauen Pupillen, von dem messigfarbenen Ring umgeben, flammen wie ein Saphir in Bernsteinfassung, die langrauen Farböne an ihren Seiten und Flanken gehen in Grün über, und die Kiemendeckel werden tieforange-gelb. Nach und nach führt sie sich zu den vielen feurigen kleinen Männchen hingezogen, die ununterbrochen um sie herum-buschen und bereits in ihren prachtvollen, goldenen Hochzeits-kleidern erstrahlen. Entzückt läßt sie sich die Kur machen von dem, der ihr im Augenblick am meisten zusagt; den anderen — und besonders denen, die sie nicht mag — gegenüber er-weißt sie sich als unzuverlässig, und kommt ihr der Zufall zu Hilfe, verschlingt sie sie. Je näher die Zeit kommt, daß sie laichen soll, desto stärker und von Rogen schwellend wird sie, gleichzeitig aber launischer und unberechenbarer. Sie frisst nichts; ist nur darauf bedacht, über flachen Grasboden zu schwimmen, wo sie den gespannten Bauch über weiche Halme streichen kann, während sie geradezu wie ein Hund den Rücken krümmt vor lauter Wohlbehagen. (Fortsetzung folgt.)

helms I. gebaut worden ist. . . . Das Dörfchen Stolpe ist heute mit Bannsee vereinigt. Früher mag die Hauptwasserstraße durch diese Seen geführt haben. Dann vertorfte sie, so daß die Stolper, vom Wasserwege abgetrennt, immer mehr verarmten. Friedrich Wilhelm IV. nannte sie seine treuesten Untertanen, denn „sonst wären sie schon längst ausgewandert“. Stolpe soll eine alte slawische Kuffstätte gewesen sein. Am Anfang dieses Sees hat sich die Wasserpolizei auf einem Rotorboot postiert: Halloh, Hop, Kanakackel! Und dann muß man eine Mark blechen. Nicht wenige Rärer kommen dabei zusammen, nicht wenige Flüche bekommen die Jökler von den empörten Bannfahrern zu hören. Für 3 Mark aber bekommt man an der Glienider Brücke eine Jahreskarte zu laufen und ist dann aller weiteren Verpflichtungen frei und ledig. Am Ufer des kleinen Bannsees wickelten wir glücklich wieder einen Gewittersturm ab, und dann ging die Fahrt über den wogenden Bannsee zurück nach dem idyllischen Tiefwerder.

Am Bicheldorfer Gemünd tragen Samariter zwei Opfer des letzten Gewitters von hinten. Die beiden hatten Wind und Wolke nicht beachtet oder nicht zu Deuten verstanden und diese Untertatung oder Unkenntnis mit dem Leben bezahlt. Schweigend erreichen wir das gastliche Bootshaus am toten Hadelarm.

Der Sund mit dem Wasser.

Leibesübungen sind ernste Notwendigkeiten gerade in heutiger Zeit. Sie sind eine Lebensfrage für die arbeitende Bevölkerung. Von allen Sportarten kann das Schwimmen als die gesundeste Leibesübung genannt werden. Keine andere gibt in so ausgiebiger Weise die Möglichkeit, die Gefundung und Kräftigung des menschlichen Körpers, die Durchbildung der inneren und äußeren Organe, die Erhaltung der Jugendfrische zu erzielen wie gerade das Schwimmen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß alle Menschen die Bedeutung und den hohen Wert des Schwimmens erkennen lernen. Das Bad reinigt den Körper, stärkt die Muskeln und Nerven, befördert die Ausdünstung, macht die Säfte flüssig und hält sie im Ebenmaße, treibt die gefährlichen Symptome der Krankheiten von innen nach außen und macht durch alles dieses den Menschen menschlicher und gesünder, tätiger und munterer. Das Schwimmen schützt vor der Gefahr des Ertrinkens und gibt die Möglichkeit, Menschenleben aus dieser Gefahr zu retten. Das Schwimmen hat in der Tat in gesundheitlicher, praktischer und sittlicher Hinsicht eine hohe Bedeutung und bietet eine Summe reinen Genusses als gymnastische Übung. Die Vergrößerung der Lungentapazität, die Rettung aus Lebensgefahr, die Pflege der Haut und Muskulatur zur Reinigung und Stärkung sind wesentliche Vorteile des Schwimmens. Entwicklung des Nutes und der Entschlossenheit, Willensstärke und Selbstständigkeit, Selbstvertrauen sind weitere Erfolge, die aus dem Betrieb der Schwimmkunst entspringen. Jeder Mensch soll daher Schwimmer sein und die Schwimmkunst regelmäßig ausüben. Besonders die arbeitende Bevölkerung hat alle Ursache, trotz der schweren wirtschaftlichen Nöte auch in dieser Hinsicht nicht das Nötigste zu vergessen, denn nur der mag die Bürde und die Last des Lebens zu ertragen, der gesund an Körper und Geist ist. Der Kampf um die Volksgesundheit ist ein Teil des proletarischen Kampfes überhaupt. Es sollten sich überall da, wo Badegelegenheit und Schwimmgelegenheit vorhanden ist, Interessenten zu Vereinen zusammenschließen, um in ernstlicher und freudiger Arbeit zum Besten der Gesundheit unserer Volksgenossen zu wirken. Die Schwimmkunst zu erlernen, ist nicht schwer, ob jung oder alt, bei dem nötigen Willen kann man auch hier noch in hohem Alter die besten Erfolge erzielen. Hat man erst die Vorzüge des Schwimmens erkannt und am eigenen Leibe verspürt, dann wird man ein steter Anhänger dieser so gesundheitsfördernden Leibesübung bleiben; denn nur Gesundheit bringt Glück und Freude am Leben.

Für die Groß-Berliner Arbeiterschaft und deren Angehörigen ist die Möglichkeit gegeben, in den Schwimmvereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes das Schwimmen unentgeltlich zu erlernen und gleichzeitig diese gesunde Leibesübung bis zur Vollkommenheit zu pflegen.

Krähwinkel in Berlin.

Klatschbajentum und seine gerichtlichen Folgen.

Wegen verwerflicher und einfacher Beleidigung des Bürgermeisters Schneider vom Bezirksamt Mitte und des Bureaudirektors Walpurger wurde der Stadtmagister Otto Sedol vom Schöffengericht Mitte zu einem Monat Gefängnis und 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte verwaltete die Stellung eines Berufsvormundes, die ihm jedoch wieder abgenommen wurde. Dadurch fühlte er sich, da er hierin eine höhere Stellung als die eines Stadtmagisters erblidete, schwer gekränkt und glaubte, diese Wahrnehmung auf Schanden seines früheren Freundes und jetzigen Vorgesetzten Walpurger zurückführen zu können. Er führte nun einen erbitterten Fehdezug gegen Walpurger und erhob gegen ihn schwere Anschuldigungen. So behauptete er, daß Walpurger anomal veranlagt sei und ihm selbst vor Jahren unzüchtige Anträge gestellt habe. Weiterhin behauptete er, daß Bürgermeister Schneider und Bureaudirektor Walpurger wissentlich einen Meineid geleistet haben, und binnen acht Tagen ins Zuchthaus kommen könnten. Außerdem folgte er auch Walpurger nach, daß dieser aus seiner Stellung als Kirchenoffiziant mit Schimpf und Schande weggejagt worden sei. Diese Behauptungen B's kamen den Betroffenen zu Ohren und veranlaßten das Strafverfahren wegen öffentlicher Beleidigung. Es wurden dann auch Disziplinarverfahren nach beiden Richtungen hin eingeleitet, die aber für die beleidigten Stadtmagister gänzlich ausfielen, während das Verfahren gegen den Angeklagten nach in der Schwebe ist. Ebenso wurde ein Meineidsverfahren als unbegründet eingestellt. Negativ verlief auch der vom Angeklagten angestrebte Wahrheitsbeweis über die angeblichen widerrechtlichen Anwendungen des Bureaudirektors. Dagegen konnte der Angeklagte den Nachweis führen, daß Walpurger infolge Differenzen mit dem Gemeindevorstand, dem er selbst angehört habe, auf disziplinarischem Wege von seinem Amte als Kirchenoffizianten gewaltsam entfernt worden sei. Das Schöffengericht erklarte den Wahrheitsbeweis des Angeklagten nur im Punkte der Amisensetzung vom Kirchenamte für erwiesen. Jedoch auch in diesem Falle habe der Angeklagte sich der formellen Beleidigung schuldig gemacht. Dagegen sei der Wahrheitsbeweis hinsichtlich aller übrigen Vorwürfe gegen Bürgermeister Schneider und Bureaudirektor Walpurger mißlungen. Die Handlungen des Angeklagten verraten eine außerordentliche Leichtfertigkeit. Eine Geldstrafe könne daher nicht in Betracht. Der Verurteilte teilte mit, daß er Berufung einlegen werde.

„Objektive“ Justiz.

Der Amtsrichter vom Wedding und die „brotlosen Künste“.

Mit einer sehr eigenartigen Begründung wurde die Beurteilung des Schriftstellers Stenzel wegen Bahvergehens zu drei Monaten Gefängnis vom Amtsgericht Wedding verurteilt. Stenzel war ohne Paß aus seiner Heimat Polen nach Deutschland gekommen, weil er sich dem polnischen Militärdienst entziehen wollte. Einen Paß konnte er sich hier nicht verschaffen, weder als früherer russischer Staatsangehöriger noch als jetziger polnischer. So blieb er ohne Paß in Deutschland, wurde bei einer Streife abgefaßt und hatte einen Strafbesehl über drei Monate Gefängnis erhalten. Diese Verfügung wurde vom Amtsrichter mit folgender Begründung bestätigt: „Der Angeklagte ist hier als Dichter tätig. Der preussische Staat und das Deutsche Reich haben ein großes Interesse daran, alle Ausländer an ihre Heimatländer abzuschieben, zumal, da es schon den Deutschen selbst schwer fällt, den Unterhalt für ihr Leben zu erwerben, insbesondere aber Leute derartiger „brotloser Künste“ (!) — ganz abgesehen davon, ob diese nicht etwa bolschewistische Propaganda oder ähnliches (!) betreiben. Demnach war eine energische Bestrafung durchaus erforderlich.“

Der Herr Amtsrichter, der diesen salomonischen Bescheid fällte, scheint doch ein wenig zu sehr Rechtsprechung mit Politik zu verwechseln. Die wegwerfende Geste, mit der diese Stütze der Justiz die Kunst als etwas „brotloses“ abtut, ist nicht minder lässlich als der Satz von der bolschewistischen Propaganda „und ähnliches“. Das „Wohlische“ könnte hier eventuell bis hinein in die Reihen der Deutschen Volkspartei gehen. Man kennt doch die Gemütsverfassung dieser Leute.

Medizinische Bäder für den Wedding-Stadtteil.

Im Stadtbad Wedding an der Gerichtstraße ist, wie bereits kurz mitgeteilt, eine Abteilung für medizinische Bäder eingerichtet worden. Die Absicht einer solchen sehr wünschenswerten Bereicherung dieser Badeanstalt bestand schon seit mehreren Jahren, aber die Ausführung scheiterte zunächst an der Inflationszeit. Nachdem inzwischen eine Besserung der Geldlage eingetreten ist, hat das Bezirksamt Wedding jetzt den lange gehegten Wunsch verwirklichen können. Gestern wurde von Mitgliedern des Bezirksamtes und der Bezirksgesundheitsverwaltung besichtigt, was hier geschaffen worden ist. Warteraum, Kus- und Umkleieraum, Zellenräume und Ruheraum sind zweckmäßig eingerichtet und dabei so freundlich und behaglich ausgestattet, wie die zur Verfügung gestellten bescheidenen Geldmittel von nur 20.000 M. es zuließen. Bezirksbürgermeister Leib, der die Gäste willkommen hieß, wies darauf hin, daß gerade für den Verwaltungsbereich Wedding das Bedürfnis einer solchen Abteilung medizinischer Bäder besonders groß ist. Das Stadtbad Wedding wird Sool-, Mele-, Fichtennadel-, Bohntannin-, Kohlenäure- und Lichtbäder geben, an zwei Tagen für Frauen, an vier Tagen für Männer. In erster Linie wird die neue Einrichtung den Mitgliedern von Krankenkassen zugute kommen, aber auch andere Kranke werden es freudig begrüßen, hier solche Bäder nehmen zu können. Mit den Krankenkassen sind besondere Tarife vereinbart; für andere Badende M der Preis um 25 Proz. höher, als der den Krankenkassen bewilligte Preis, so daß er immer noch hinter den Preisen privater Anstalten zurückbleibt. Bahwächse wird in der medizinischen Abteilung leihweise ohne besondere Vergütung gegeben, und selbstverständlich wird hier peinlich auf Sauberkeit gehalten. Die Teilnehmer der Besichtigung, bei der der Stadtdr. Dr. Drucker die Führung hatte, waren von dem Guten und Schönen, das hier mit geringen Mitteln geschaffen worden ist, sehr befriedigt. Die neue Abteilung wird am Montag eröffnet.

Rundfunkanlagen für Privatwerke.

Durch einen Runderlaß des preussischen Finanzministers, der zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister ergeht, wird angeordnet, daß künftig eine Anerkennungsgeldgebühr für die Genehmigungserteilung zur Schaffung einer Außenantennenanlage nicht mehr zu erheben ist. Eine Rückerstattung der von den Wohnungseigentümern bisher gezahlten Beträge kommt nicht in Frage. Zur Behebung von Zweifeln teilt der Amtliche Preussische Pressedienst noch folgendes mit: Die Anbringung von Rundfunkantennen zu Privatwecken auf gemeinschaftlichen Hausböden (Trockenböden) ist grundsätzlich zu untersagen. Die Anbringung von Innenantennen zu Privatwecken in den im Runderlaß vom 23. Juli v. J. bezeichneten Gebäuden unterliegt nicht der Genehmigung durch die das Gebäude verwaltende Dienststelle.

Der unterschiedliche Potsdamer Sport.

Man schreibt uns aus Potsdam: Am 7. Juni veranstaltet der Potsdamer Reiterverein in Verbindung mit der Stadt Potsdam ein großes Reit- und Fahrturnier auf dem Lustschiffhafen. Wie das Programm anzeigt, bestreitet die Reichswehr den Hauptteil der Veranstaltungen, sowohl bei den Reitprüfungen, wie auch im Jagdspringen sind Angehörige der Reichswehr Hauptteilnehmer. Eine Geschützquadelle wird von einer Reichswehrbatterie ausgeführt und das große Militärkonzert während des Turniers wird auch von Reichswehrangehörigen ausgeführt. Gegen diese sportliche Unternehmung wäre nichts einzuwenden, wenn nicht, wie in Potsdam üblich, ein Unterschied zwischen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold bei den zahlenden Zuschauern gemacht würde. Die Mitglieder der sogenannten „Waterländischen Verbände“ brauchen nur 50 Pf.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 5. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.35 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Direktor Julius Glöck: „Esperanto“.
4.30 Uhr nachm.: Jugendbühne. Leitung: Alfred Braun. „Die zärtlichen Verwandten“. Lustspiel in drei Aufzügen von Roderich Benedix. Personen: Oswald Barnau; Ulrike, Irmgard, seine Schwestern; Ottilie, seine Nichte; Adelgunde von Halten, seine Tante, Witwe; Dietrich und Iduna, deren Kinder; Dr. Bruno Wismar, Barnaus Freund; Dr. Offenburg, Arzt; Schummrich; Weithold, Haushofmeister; Thuenelde, Haushälterin; Philippine, Kammermädchen; Diener. Die Handlung begibt sich auf Barnaus Schloss in der Nähe einer Stadt. 6.40 Uhr abends: Sanitätsrat Dr. Paul Frank: Medizinisch-hygienische Plauderei. 7 Uhr abends: Rechnungsrat H. Marowski: „Die Lebensweise der deutschen Schmetterlinge“. 7.30 Uhr abends: Dr. Friedrich Stiere: „Alexander Petrowitsch Iswolski“. 8 Uhr abends: Dr. C. F. W. Behl: „Thomas Mann und sein Werk“. 8.30 Uhr abends: Thomas Mann (zur Feier seines fünfzigsten Geburtstages). Vorlesungen aus seinen Werken durch Paul Bildt. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Eintrittsgeld zu zahlen, während der billigste Stehplatz den „Nicht-Waterländischen“, also den Republikanern nach Potsdamer Sprachgebrauch, 1 Mk. kostet. Ist damit Herr Weiler einverstanden, daß die Reichswehr für die Republikaner doppelt so teuer arbeitet, wie für die Schwarzweihrot, oder will er noch vorher ein Wortlein mit den Veranstalter reden?

Der Deutsche Rundflug.

Heute Beginn der vierten Schleiße.

Der für gestern nachmittag angekündigte Volkstag war wider Erwarten verhältnismäßig schwach besucht, obwohl das Wetter diese Veranstaltung außerordentlich begünstigte. Die Flugleitung muß sich endlich darüber klar sein, daß es anderer Mittel bedarf, um das Publikum anzuziehen, und tatsächlich sind auch Schritte geplant, die Rundflugwoche populärer zu gestalten. — Antonius Raab auf D 351 führte diesmal solche waghalsigen Kunstflüge vor, die große Spannung unter den Zuschauern auslösten. Interessant war die Landung eines englischen Verkehrsflugzeuges, eines großen roten Bogels, der Passagiere aus London brachte. Wie immer folgten die Fallschirmabsprünge des Chepaars Triebner aus Hamburg. Nach einer Zusammenstellung der Flugleitung sind bei der dritten Schleiße 25 Flugzeuge gestartet und gelandet. Bis 7 Uhr abends waren im Laufe des gestrigen Tages noch folgende Flugzeuge von der dritten Schleiße nach dem Tempelhofer Feld zurückgeführt: 681 Udet auf Udet (39:39) und 661 Kern auf Udet (29:12). Bis dahin waren also insgesamt 25 Flugzeuge von 44 Bembern, die am ersten oder zweiten Tag zur dritten Schleiße gestartet oder von einer Etappenstation der zweiten Schleiße auf diese übergegangen waren, in Berlin wieder eingetroffen.

Am heutigen Sonnabend früh 4 Uhr beginnt der Start zur vierten (vorletzten) Schleiße, die über Raumburg, Nürnberg, Augsburg nach München und von dort über Hof und Leipzig nach Berlin zurückführt. Die Flugstrecke beträgt 100 km, so daß bei normalem Verlauf die ersten Flugzeuge in den Nachmittagstunden des heutigen Tages auf dem Tempelhofer Feld zurückerwartet werden können.

Die Berliner Flughafen-G. m. b. H. teilt mit: Am Sonntag, den 7. Juni, findet auf dem Flughafen Tempelhof eine Veranstaltung statt, die das Interesse des Publikums in stärkster Weise hervorruft, so daß mit einem Massenbesuch ähnlich wie am Pfingstsonntag zu rechnen sein dürfte. — Der Berliner Verein für Luftschifffahrt veranstaltet am genannten Sonntag ein großes Freiballonweitzug, verbunden mit Automobilverfolgung des Berliner Automobilklubs. Es werden sieben bemannte Freiballons zu einer Weitzahrt aufsteigen. Der Beginn der Füllung wird bereits 11 Uhr nachmittags erfolgen. Die Ballons sind im Durchschnitt je 600 cdm groß. Sie werden mit Wasserstoff, das in Flaschen komprimiert ist, gefüllt. Der Füllplatz liegt direkt vor dem 1. und 2. Platz, so daß das Publikum die Füllung wie den Aufstieg aus nächster Nähe beobachten kann. Ab 2 Uhr nachm. konzentrieren zwei Kapellen. 3 Uhr 30 Min. wird die Füllung beendet sein, und sofort wird der Aufstieg beginnen. — Im Anschluß an die Freiballonweitzüge werden Kunstflüge und Fallschirmabsprünge stattfinden. Die Eintrittspreise sind vollständig: 1. Platz 1 Mk., 2. Platz 50 Pf. Militär und Kinder die Hälfte. Programmänderung vorbehalten. — Für Verpflegung des Publikums ist in weitgehendster Maße Sorge getragen.

Die Vorgänge im Lichterfelder Realgymnasium. Genosse Feinig macht uns darauf aufmerksam, daß in dem Bericht über die Sitzung der Bezirksversammlung Sieglik ein Irrtum unterlaufen ist. Er hat von Prügelstrafen im Lichterfelder Realgymnasium, von Mißhandlungen eines Kindes republikanischer Eltern durch Kinder in der Schule und von antirepublikanischen Lehrern gesprochen, nicht aber davon, daß Kinder republikanischer Eltern aus Gesinnungsgründen von Lehrern des Realgymnasiums körperlich geschädigt worden seien.

Die Ungewißheit über Amundsen.

Beginn der Nachforschungen.

Von Bord der „Farn“ wurde dem „Corriere della Sera“ am Donnerstagabend gemeldet: „Heute läuft die Frist von 15 Tagen ab, die Amundsen für seine Rückkehr vom Pol mit dem Flugzeug gestellt hatte. Die Schiffe werden morgen mit dem Aufsuchen des Eisrandes in der Hoffnung beginnen, daß die Flieger zu Fuß nach Spitzbergen zurückkehren. Die „Hobby“ wird als Eisbrecher dienen, weil sie für diese Arbeit besser geeignet ist. Sie wird versuchen durch Gölfe und Kanäle sich einen Weg zu bahnen, um nach Osten bis zum Nordkap des Nordoststrandes vorzudringen. Die „Farn“ wird dagegen nach Norden und Nordwesten über die Insel Amsterdam vordringen, sich aber außerhalb des Bereiches des Treibeises bewegen.“

Auf Grund der Versicherungen Amundsens selbst herrscht allgemein die Ansicht vor, daß die Eisverhältnisse zwischen dem Nordpol und Grönland weit günstiger sind als zwischen dem Nordpol und Spitzbergen. Wahrscheinlich sind die Flieger daher nach dem Kap Kolumbia unterwegs, wo unter Umständen eine Hilfsexpedition hingeschickt werden sollte, um von dort weiter vorzudringen; wenn Amundsen und seine Gefährten nach Spitzbergen zurückkehren, so würden sie wahrscheinlich in den verlassenen Hütten der Robbenjäger längs der Nordküste dieser Insel zu suchen sein.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin G. B. 96, Lindenstraße 2.
Hefe an das Bezirksleiteramt,
2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute abend pünktlich 6 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes im Konferenzzimmer der „Vormärts“-Redaktion, Lindenstraße 3.

18. Kreis Weiskopf. Sonntag, den 7. Juni, vorm. 10 Uhr, veranstaltet die Kommunistische Kommission eine Besichtigung verschiedener Einrichtungen innerhalb des Bezirks. Führung: Genosse Stadtrat Müller. Treffpunkt 10 Uhr bei Oberlottenburger Straße.
20. Kreis Reinickendorf. Karten für die Sonnenfeier bei Arbeiter-Kultur-Bezirk Groß-Berlin sind zu haben beim Genossen Albert Adert, Kreis Schöle 49.

Heute, Sonnabend, den 6. Juni:

119. 25. Lindenstraße. 8 Uhr Funktionseröffnung bei Frau, Willenborn. 6.66 Arbeitermutter.
- Junagelassen, Gruppe Tempelhof-Marieberg. Treffpunkt zur Fahrt nach dem Bültebrenn am Sonnabend 8.5 Uhr bei Reinickendorf-Straße. Abfahrt 9.30 Uhr bei Bahnhof 6.5 Uhr nach Groß-Berlin.
- Junagelassen, Gruppe Neuen. Treffpunkt zur Fahrt nach dem Bültebrenn am Sonnabend 7 Uhr 40 Erlau-Rummelsburg, Bültebrenn, und 12 Uhr 30 Bültebrenn Bahnhof.
- Junagelassen, Gruppe Gieselerstraße. 6. Juni, 8.30 Uhr abends. Fahrt ab Potsdamer Ringbahnhof nach Kessen. Ueberrichten und Nachkommen: Rosenmühle.

Morgen, Sonntag, den 7. Juni:

1. 254. Vorm. 9 Uhr wichtige Sitzung der Bezirksleiter und des Zeitungs-Kommissionen im Hotel Adlon, Adlonstr. 1.

Süsspeisen

sind wohl in jeder Familie beliebt und auch Sie werden gern und oft Ihre Angehörigen nach Tisch mit einer kalten oder warmen Süssspeise erquicken. Nichts ist bekömmlicher und feinschmeckender als eine Süssspeise, die mit dem feinen, ausgiebigen Mondamin zubereitet ist. Süsspeisen sind aber nicht nur Leckerel, sondern wenn sie mit Mondamin bereitet sind, ein wertvolles Nahrungsmittel, das auch von unseren Kleinen gern gegessen und vor allem gut vertragen wird. Die Packungen tragen in untenstehender Blockschrift die Bezeichnung

MONDAMIN

ener Wirtschaftspolitik gegenüber dem Industrie- und Bankkapital zu machen. Zum Teil mit Erfolg, für die Milch- und Konfektindustrie aber mit jenen 12½ Millionen Kronen Verlusten, die jetzt zum Zusammenbruch geführt haben. Außerdem stiegen noch reichliche 7 Millionen Verluste aus Kreditgeschäften vor. Anfang 1925 glaubte die Nationalbank, die Großhandelsbank, die Genossenschaftszementfabrik und die Futtermittelgenossenschaft, die Andelsbank noch durch Einschluß von 8 Millionen neuem Kapital sanieren zu können, wodurch sich das Kapital auf 23 Millionen Kronen erhöhte. Von diesem Kapital sind jetzt über 20 Millionen verloren. Das dringende Ersuchen der Andelsbank an die Genossenschaftsverbände, noch weitere 20 Millionen zur Sanierung aufzubringen, wurde von diesen zum großen Teil abgelehnt, was den endgültigen Zusammenbruch besiegelte. Am 2. Juni stellte die Andelsbank ihre Zahlungen ein. Ob die 121 Millionen Forderungen und Einlagen der dänischen Bauern erheblich gefährdet werden, hängt von der Abwicklung der eigenen Forderungen der Andelsbank ab. Nebenfalls sollen 60 Millionen davon auf längere Zeit bei der Arbeiterbaugenossenschaft festgelegt sein.

Das Ereignis ist ein harter Schlag für die dänische Bauernschaft. Es ist auch ein harter Schlag für ganz Dänemark, dessen volkswirtschaftliche und handelspolitische Situation durch das Vorkrisenjahr der landwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet ist. Aber die deutschen Blätter des Hugenberg-Konzerns triumphieren umsonst, wenn sie den Zusammenbruch der Danst Andelsbank als Schlag gegen den Genossenschaftsgedanken überhaupt und gegen die genossenschaftliche Organisationsarbeit der Arbeiterkraft im besonderen ausmünzen. Zunächst sind alle Bauerngenossenschaften erwerbswirtschaftliche, keine hauswirtschaftlichen Genossenschaften, wie die der Arbeiterkraft. Selbst wenn aber Bauern- und Arbeitergenossenschaften den Konkurrenzkampf gegen die privatkapitalistische Industrie aufnehmen, was durchaus geboten und vernünftig sein kann, so würde ein solcher Fehlschlag auf Grund falscher Dispositionen nicht das geringste gegen die grundsätzliche Vernünftigkeit und Richtigkeit eines solchen Kampfes bedeuten. Was auch die Arbeiterkraft aus dem Zusammenbruch der Andelsbank zu lernen hätte, wäre die Vermeidung der gemachten Fehler. Auch sonst müssen die Unternehmerblätter mit ihrer schlecht verhüllten Schadenfreude vorsichtig sein. Was die dänische Volkswirtschaft schon seit 1922 an Krisen erlebt, das steht der deutschen Volkswirtschaft erst bevor. Schon straucheln die Götter unter den deutschen Unternehmern, Krupp und Stinnes. Und wenn die Großbanken eingreifen, so tun sie es weder um Krupp und Stinnes, sondern um ihrer selbst willen. Sie haben allen Grund dazu und mögen sich vorbeugen.

Eine 50-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Finanz- und Steuerdeputation wurde der Vorschlag des Räumers und Oberbürgermeisters auf Aufnahme einer 50-Millionen-Anleihe auf dem amerikanischen Markt angenommen. Eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Anleihe soll mit einem Zinssatz von 7 Prozent ausgestattet und die Einzelheiten ihrer Begebung durch die Finanz- und Steuerdeputation festgelegt werden. Angesichts des ungeheuren Geldbedarfs der Biermüllensfabrik werden die 50 Millionen kaum dazu ausreichen, den notwendigsten Bedarf zu decken. Als Verwendungszweck sollen ausdrücklich die städtischen Elektrizitätswerke und die Nord-Süd-Bahn abgegrenzt werden. Ueber die Ermeerung der Elektrizitätswerte wird ebenfalls schon in den nächsten Tagen die Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung erwartet. Die Stadt steht dabei unter dem unabweislichen Druck der ununterbrochenen Steigerung des Bedarfs an Licht und Kraft. Sie kann ebenso den ständig steigenden Bedürfnissen des Verkehrs nicht tatenlos gegenüberstehen. Die laufenden Einnahmen der Stadt sind zwar sehr viel günstiger als in den Inflationsjahren, dafür ist aber auch der städtische Bedarf ungeheuer gestiegen. Nicht nur für Wohlfahrtsausgaben, auch für Erneuerungsarbeiten, Straßenbauten, Schulbauten usw. werden beträchtliche Summen benötigt, die bei Berlin sofort viele Millionen betragen. Infolgedessen bestand auch über die Notwendigkeit der 50-Millionen-Anleihe selbst bei den Fraktionen lebhafte Einmütigkeit, die im allgemeinen ihre Hauptaufgabe darin sehen, sich als Bremsschläge für die Berliner Kommunalwirtschaft zu betätigen. In der Stadtverordnetenversammlung wird die Vorlage deshalb wahrscheinlich ohne große Debatten glatt erledigt werden und es erscheint möglich, sie noch im Laufe des Monats Juni zu realisieren.

Ungarns Sanierung.

Ungarn ist ebenso wie Oesterreich unter Mitwirkung des Völkerbundes „saniert“ worden. Wie es in diesem sanieren Lande aussieht, davon entwarf der parteilose Abg. Johann Baros in der ungarischen Nationalversammlung jüngst folgendes erschütternde Bild:

Im ersten Jahre der Sanierung sank die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter um 33 Proz., in Budapest allein um 45 Proz.

Die Zahl der vollkommen mittellosen Arbeitslosen dürfte in Budapest 250 000 betragen.

Von den 55 000 Bergarbeitern sind 33 000, von den 50 000 Maschinenarbeitern 33 000 beschäftigt. Die Zahl der Selbstmorde nahm im ersten Halbjahr um 50 Proz. zu. Der Brot- und Fleischkonsum ging in Budapest auf 25 bis 30 Proz. des Vorkriegskonsums zurück. Die Kindersterblichkeit wuchs in der letzten Zeit um 20 Proz., und der Bevölkerungszuwachs, der vor dem Krieg, auf 1000 Lebende gerechnet, im Jahresdurchschnitt 13 betrug, ist auf 6 gefallen.

Noch entsetzlicher ist das Elend der Landarbeiter und der Kleinbauern. In der großen ungarischen Tiefebene, dem Alföld, sind jetzt viele Tausende arbeitslos. Dabei gibt es in Ungarn keinerlei Arbeitslosenunterstützung, und die Regierung ist mit der

Besucht die Deutsche Verkehrs-Ausstellung München 1925 Juni-Oktober

Vorbereitung von Gesetzen beschäftigt, die alle diejenigen, die diese Zustände in der Presse oder in Versammlungen zur Sprache bringen, in den Kerker schicken!

Dieser Darstellung eines bürgerlichen Abgeordneten ist hinzuzufügen, daß das reaktionäre Regime in Ungarn sich nunmehr soweit konsolidiert hat, daß es zumindest in den Städten auf die äußersten Mittel des blutigen Terrors verzichten kann und derart einen den ausländischen Beobachter vielfach täuschenden und auf Täuschung berechneten Eindruck hervorruft. Aber nur in den Städten ist dieses Stadium der konsolidierten Konterrevolution erreicht; auf dem Dorfe herrscht noch vielfach der weiße Terror gegen das jüdische Kleinbürgertum, die Kleinbauern und Landarbeiter. Nimmt man dazu, daß Ungarn heute das einzige europäische Land ist, in dem auch nicht die unzulänglichste Agrarreform stattgefunden hat, die doch in ganz Osteuropa, sogar in Rumänien, die Folge des Krieges war, dann versteht man, daß die Stimmung der Landbevölkerung in Ungarn verzweifelt ist.

Die amtliche Großhandelsindexziffer.

Die auf den Stichtag des 3. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 27. Mai (133,4) um 0,3 v. H. auf 133,0 zurückgegangen. Niedriger lagen die Preise für Roggen, Weizen, Butter, Heringe, Milch, Hopfen, Treibriemenleder, einige Textilrohstoffe und Nichtfermetalle. Gestiegen sind die Preise für Hafer, Schmalz, Zucker, Fleisch, Hanf, Blei und Benzin. Von den Hauptgruppen haben die Agrarproduktziffern von 132,4 auf 131,7 oder um 0,5 v. H. nachgegeben. Die Industriefaktoren sind mit 135,3 unverändert.

Für den Durchschnitt Mai ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 131,0 im Durchschnitt April auf 131,9 oder um 0,7 v. H.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Am Donnerstag hat eine Verhandlung der deutschen und französischen Handelsdelegation im Handelsministerium stattgefunden, über die bisher keine Mitteilung in die Öffentlichkeit gelangt ist. Der Handelsminister empfing die Vertreter der französischen Metallindustrie, die über eine Unterredung mit den Delegierten der deutschen Schwerindustrie in Düsseldorf Bericht erstatteten. Die Verhandlungen sollen nach den Erklärungen der französischen Delegierten jetzt einen befriedigenden Verlauf nehmen. Scheinrat Matthes, Mitglied der deutschen Wirtschaftsdelegation, der die Fühlung mit den Schwerindustriellen aufrecht erhält, ist nach Berlin abgereist.

Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. Es ist begreiflich, daß bei der augenblicklichen Wirtschaftslage jedes Unternehmen darauf sieht, die Liquidität zu verbessern und nicht noch weiter zu verschlechtern. Das war nach den Ausführungen, die von der Verwaltung in der Generalversammlung der Bergmann-Elektrizitätswerke gemacht wurden, der Grund, die Dividende auf 5 Prozent zu beschränken, obwohl es sehr leicht möglich gewesen wäre, eine höhere Dividende zur Verteilung zu bringen. Die Gesellschaft will, um Zinsen zu sparen, in erster Linie eine Verminderung ihrer

Schulden vornehmen. Beschäftigt ist die Gesellschaft sehr gut. Die Preise haben angezogen, so daß nach dieser Richtung kein Grund mehr zur Klage vorliegt. Gegenüber dem Ende des Vorjahres hat sich die Zahl der vorliegenden Aufträge ganz erheblich vergrößert.

Der Wirtschaftsoversee Oesterreichs mit Ungarn. In der alten Donaumonarchie gehörte Ungarn zu den wichtigsten Abgabebietern der österreichischen Industrie und Oesterreich zu den wichtigsten Märkten der ungarischen Landwirtschaft. Die Zersplitterung der alten Monarchie hat hier einen Bandel geschaffen. Das arme Oesterreich, ein Land ohne ausreichende Landwirtschaft, ist noch immer auf die ungarische Landwirtschaft angewiesen. Ungarn ist das wichtigste Getreidelieferland Oesterreichs und als Lieferant von irischem Fleisch kommt es an weitaus erster Stelle in Betracht. Mit rund 38 Prozent beteiligt sich Ungarn an der österreichischen Getreideeinfuhr, mit 56 Prozent an der Weineinfuhr. Ungarn nimmt unter den Einfuhrländern, die für Oesterreich in Betracht kommen, den dritten Platz ein, dagegen steht es als Abgabebiet für österreichische Ware nur an sechster Stelle. Diese Erscheinung wird durch die wachsende Industrialisierung Ungarns, die durch eine Handelspolitik der Absperrung gefördert wird, erklärt. Nach Ungarn werden in erster Reihe halbfertige Textilien und andere Waren eingeführt, die die weiterverarbeitende ungarische Industrie beschäftigen. Dieses Beispiel zeigt auch, wie das österreichische Problem durch die mitteleuropäische Hochnachfragepolitik bedingt wird.

Skandale in der amerikanischen Petroleumindustrie. Man meldet aus Los Angeles, daß der Prozeß der Regierung der Vereinigten Staaten gegen den bekannten Petroleummagnaten Doheny jetzt beendet worden ist. Doheny und Fall, der frühere Sekretär für innere Angelegenheiten, wurden des Betruges in Angelegenheit der Petroleumverträge der Elt Hill California Co. betreffs des Baues von Petroleumlagerhäusern auf der Insel Hawaii als schuldig erklärt. Man meldet gleichzeitig, daß die beiden Angeklagten appellieren werden. Sollte der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigen, so würde der Besitz, der auf betrügerische Weise in die Hände obiger Gesellschaft gelangt ist, in die Hände des Staates übergehen. Der Staat würde sich ebenfalls als Besitzer der Petroleumfelder der Pipes-Lines und der Raffinerien der Pan-American Petroleum Co. betrachten haben, wenn das Urteil bestätigt würde, denn es handelt sich bekanntlich auch um die Konzessionen, welche die letztgenannte Gesellschaft auf betrügerische Weise soll erworben haben. Der Staat wäre in diesem Falle der größte Konkurrent der Standard Oil in Kalifornien.

Ausdehnung der amerikanischen Arbeiterbanken. Aus den Vereinigten Staaten kommt die Nachricht, daß dort die fünfundsiebzigste Arbeiterbank gegründet worden ist. Die erste Bank dieser Art wurde bekanntlich vor fünf Jahren von den Mitgliedern der Gewerkschaft der Arbeiter in der Lokomotive-Industrie unter dem Titel „Locomotive Engineering Bank“ in Cleveland gegründet. Die einzelnen Kontoinhaber können nach den Statuten dieser Bank bis zu zehn Anteilscheine von 150 Dollar besitzen und auf Grund dieser Anteilscheine eine Dividende bis zu zehn Prozent beziehen. Ein darüber hinausgehender Gewinn der Bank kommt den Kontoinhabern zugute, deren Einlagen auf jeden Fall mit mindestens 4 Proz. verzinst werden müssen. — Der Geschäftsbetrieb dieser Banken ist den besonderen Bedürfnissen der Arbeiterkraft angepaßt, so öffnen die Banken z. B. zweimal die Woche in den Abendstunden ihre Schalter, um den Arbeitern den Verkehr mit der Bank zu erleichtern. Die 35 nunmehr im Interesse der Arbeiterkraft arbeitenden Gewerkschaftsbanken haben insgesamt ein Kapital von mehr als einer halben Milliarde Dollar.

Einschränkung der polnischen Kohleeinfuhr. Die Deutsche Regierung hat das polnische Kohleeinfuhrkontingent für den Juni auf 250 000 Tonnen festgesetzt. In letzter Zeit führte Polen monatlich gegen 450 000 Tonnen Kohlen nach Deutschland aus.

Aus der Partei.

Die sozialistische Balkankonferenz, die von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in ihrer letzten Sitzung beschlossen wurde, tritt am 12. Juni in Prag zusammen. Die SGA, entsendet die Genossen Banderseide, Tom Shaw und Friedrich Adler. Diese sozialistische Balkankonferenz ist die zweite, die von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale veranstaltet wird. Die erste fand vom 11. bis 13. März 1924 in Bukarest statt.



Billiger Sonnabend bei

JANDORF

Damen-Konfektion
Straßenkleid aus Musselin-Linon, flottes Façon, reizende Muster. . . 4.95
Frottékleid schöne Muster, festes Façon mit Substrag. Schleife u. Knopfgarnierung. . . 7.50
Frauenkleid aus Waschstoff, viele Muster, auch für starke Damen vorzüglich. . . 8.75
Baktschleide gestreifter Zephir, ca. 95-120. . . 2.95

Damenwäsche
Untertaille Jumperform, hübsch garn. 1.45
Untertaille Kasakform, hübsche Ausführung. . . 2.85
Taghemd mit Seidecreel. . . 1.45
Kniebeinkleid mit Sicherheit. . . 1.65
Hemd hose moderne Form mit Hoblesaum. . . 2.95

Badartikel
Badekappe für Damen und Kinder aus Gummil. . . 0.58
Bade Trikots für Damen schwarz, m. farbigen Besatz. . . 1.95
Frottiertuch mit Buchstabem. . . 1.95
Badelaken aus gutem Stoff, ca. 100x100. . . 3.25
Bademantel aus buntem Kränzelstoff. . . 17.50

Schuhwaren
Reiseschuhe für Damen, Leder, schöne Farben. . . 3.95
Spangenschuhe 2 Knopf, Chrom-Chevreaux. . . 6.90
Spangenschuhe 2 Spangen, R.-Chevreaux. . . 8.90
Schnürschuhe mit grossem Lederschnitt. . . 10.90
Herren Stiefel u. Halbschuhe, braun, Rahmenarbeit. . . 16.50

Baumwollwaren
Hemdenhuch kräftige Qualität. . . Mtr. 0.65
Renforcé teinfädiges Gewebe. Mtr. 0.75
Mako inidert für feine Wäsche Mtr. 0.88
Schürzenstoff haltbare Qualität, hell und dunkel gestreift. Mtr. 1.25
Markisen-Drell gute Qualität in verschied. Streifen, ca. 100 cm br. Mtr. 2.95

Washkleidung
Wash-Anzug Kieler Art, blauweiß gestreifter Kretonne L. 3 Jahre. Jede weitere Größe 36 Pl. mehr. . . 3.90
Wash-Bluse Kieler Art, blauweiß gestreifter Kadettstoff L. 3 Jahre. Jede weitere Größe 35 Pl. mehr. . . 4.15
Sport-Hose gutem blauen Körper oder Satin, mit Gürtel, für 3 Jahre. . . 2.25 (Jede weitere Größe 25 Pl. mehr)

Washstoffe
Zephir für Sporthemden u. Blusen. . . Meter 0.78
Crêpe weiß, doppeltbreit. Meter 0.95
Crêpe neue Streifen u. Muster, Mtr. 0.95
Voll-Voile in vielen Farben. . . Meter 1.15
Frisé weiß, ca. 100 cm br., prima Qualität. . . Meter 1.25
Seiden-Batist ca. 100 cm breit, in vielen Farben. . . Meter 1.45
Crêpe-Marocain ca. 100 cm breit, moderne Fantasiemuster. . . Meter 1.95

Herrenartikel
Oberhemden farbiger Zephir, mit Kragen und Umschlagmanschetten. . . 4.90
Sporthemden weiß Panama, mit Schillerkragen oder 2 Kragen. . . 7.90
Taghemden aus kräftigem Hemdenhuch. . . 3.90
Sportkragen aus gutem Kipp-Pique. . . 0.55
Stehumlegekragen gute Qualität, verschied. Höh. . . 0.65

Weißwaren
Filetspitzen u. Einsätze inidert, schöne Muster, ca. 5 cm breit. . . Meter 0.55
Valenciennespitzen für Wäsche und Kleider, schöne Muster. . . Meter 0.12
Klöppelspitzen u. Einsätze, (Maschinenarbeit, teinladig. . . Meter 0.15
Tüllspitzen für Kleidergarnituren, schöne Must., ca. 25cm br., Mtr. . . 1.10

Lederwaren
Rucksäcke für Knaben, dauerhafter Stoff, Rindleder, Riemen, ca. 30x30 cm. . . 0.85
Rucksäcke für Damen, gut. Stoff, Ledereinfassung, große Tasche, ca. 45x50 cm. . . 4.50
Reisetaschen aus wasserdichtem Segel-leinen, massiv. Aufspannbügel, ca. 40 cm. . . 10.50
Hand-Reisetaschen Kunstleder, ca. 36 cm. . . 5.90
Handkoffer Hartplatte, 8 Vulkan-Fiberecken, 2 Patentschlösser, Messinghülsen, ca. 35 cm. . . 7.90
Picknickkoffer Lederimit. m. Metall-Einlag. . . 2.75

Damenhüte
Filz-Gamin gute Qualität. . . 4.50
Filzhut feste Herrenform. . . 6.50
Marocainhut jugendliche Form, u. hübscher Blumengarnierung. . . 8.75
Strumpfwaren
Damenstrümpfe schwarz, Ferse und Spitze verstärkt. . . 0.48
Damenstrümpfe feinfädig, gut verstärkt, weiß und farbig. . . 0.58
Damenstrümpfe gute haltbare Qualität, weiß, farbig und schwarz. . . 0.95
Herren-Socken grau meliert oder einfarbig. . . 0.48
Sportwesten für Damen farbige u. Gürtel u. Taschen. . . 9.75
Sportwesten für Kinder, einfarb. m. anders. stark. Bordüre u. Manschetten Gr. 40-45. . . 3.95
Damenstrümpfe „Medalla“
m. Strumpfhalterverklebung, welche Löcher und Maschenfall verhindert, daher größte Haltbarkeit, hervorragend klare Seidenfäden-Qualität m. extraweitem Elasticspalt mod. Farb., weiß, schwarz. . . 2.95

Thomas Mann, der Fünzigjährige.

Von Max Haddorf.

Thomas Mann gefiel sich als Dichter in dem Spiele, die gleichgültigen Dinge des Alltags aufzulesen. Er zergliederte als Denker das Individuum höherer Geistesart und glaubte zu entdecken, daß Empfänglichkeit und Formtalent des Künstlers soziologisch kaum höhere Urbedingungen wären. Seine Neigung und seine Erkenntnis gerieten darum in einen sehr beträchtlichen Gegensatz. Die Liebe des spitzfindig und neugierig detaillierenden Beobachters schien der Gewalt jenes Träumers zu erliegen, der sich nur mit dem Ausmessen des ewigen Weltplanes beschäftigt und der Schwachsichtigkeit oder Ueberfichtigkeit mißtraut, vom Irdischen allein befriedigt wird. Thomas Mann mußte sich entscheiden, ob er der winzigen Menschenvelt gerecht und ein behutsamer und geduldiger Waser ihrer Buntbeit werden oder sich ergehen wollte im Begräbnis des überirdischen Problems. Er entschied sich für die Erde und wurde darum ein Meister des Epos.

Natürlich trieb ihn nur der Instinkt, der nach Freude sucht, und nicht die logische Erwägung, die viele Schmerzen bereitet. Er begann, Eindrücke, intimste Sinnenerfahrung und heimatische Familien-erinnerungen aufzuschreiben. Alles, was ihm da zuströmte, sah er, dank einem angeborenen idyllischen Naturell, als Ergebnis einer durchaus lebenswürdigen Gottesgabe. Selbst das Sterben und Bankrottmachen einzelner Buddenbrooks geschah auf die sanfteste Manier. Tausende lasen die „Buddenbrooks“ und wurden in dem Glauben befestigt, daß weder zur Lebensangst noch zur Todesangst eine nennenswerte Ursache vorhanden ist. Fehntausende wurden von dem Buche beruhigt wie von einem guten Karkotikum, das weder Kopfweh noch heftigere Uebelkeiten hinterläßt. Selbst die auführerischen Wahrheiten der ägenden und zergehenden Gesellschaftskritiker schienen durch den Verfasser der „Buddenbrooks“ als Lüge oder mindestens als Irrtum entlarvt. Was sonst die Menschen voneinander trennt, Unterschiede des Standes, der Erziehung, des Vermögens und der Bildung, wirkte in dem Roman der Buddenbrooks nur verbindend und versöhnend. Kurz, Thomas Mann hatte eine verlockende Patriarchenidylle geschildert. Es regiert in der hanseatischen Heimat der Buddenbrooks der angenehme Bürger- und Geldadel, und ein Narr, ja sogar ein Bösewicht wäre, wer sich einfallen ließe, an dieser so loyal und absolut nicht hinterlistig ver- schönernten Bourgeoisie zu rütteln.

Der Stil des kaum 50jährigen Mannes, der diesen Roman schrieb, war außerordentlich gepflegt. Der Wortgestalt war reif geworden wie durch ein Wunder. Er brauchte nicht, was sonst jeder irdischen Natur notwendig ist, das Aufsteigen und die Blüte. Er hatte sich nicht zu einem bestimmten Stille gezüchtet und bewährte trotzdem eine Frucht, die von Anfang an Ehrfurcht gebot.

Das war zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Thomas Mann ist seitdem der nämliche geblieben. Man möchte sagen: er ist ewig alt geblieben. Und Alter ist hier gleichbedeutend mit Weisheit und Mäßigkeit. Jederlei Ausschweifung des Gedankens und des Wortes liegt ihm meilenfern. Nichtsdestoweniger sind ihm das Geheimnis des literarischen Fanatismus und der Bezier der bis zur Erstarrung oder Wahnstille gesteigerten Schriftstellerinbrunst nicht verschlossen. Er hatte diese dunklen Gebiete der Künstlerpsychologie in Romanen erforscht („Der Tod in Venedig“, „Tonio Kröger“ u. a.) In diesen Romanen bestand sein Zolt an das Poetische und Tragische. Aber die glücklichste Veranlagung half ihm dabei, die inneren Leiden des Dichters zu durchschauen, ohne daß er selber irgendwie angekränkt wurde. Er konnte sich und sein großes Talent folktümlich wie ein Kind betrachten. Er fand eine ganz besondere geistige Haltung, nämlich jene des Schriftstellers um jeden Preis, der vor die Menschen- geschöpfe tritt, um sie zu beschreiben. Die Menschen schrumpfen vor seinem Auge ein, ohne daß er etwas gegen ihre Bedeutung unter- nehme. Das Mikroskop, das ein Schriftsteller solcher Artung im Auge trägt, verzerrt nicht, es verkleinert nur. Klein sind die Menschen in der Stadt der Buddenbrooks. Nur ein kleiner Spieß- bürger ist auch „Königliche Hoheit“, deren Schicksalsentscheidung Thomas Manns geduldsstrophende Begabung unternimmt. Klein ist auch das letzte Geschöpf der fruchtbarsten Greifenlebe Thomas Manns, Hans Castorp, der Hauptanführer auf dem „Zauberberge“. Dieses letzte, über 1200 eng gedruckte Seiten starke Buch ist durch- strahlt von Weisheit, von Klugheit und Bornehmheit. Alle Ehren- titel, die dem Werke nachgesagt werden, gehören ihm in unge- wöhnlicher Reinheit. Der trante Jüngling, der in Davos, eben auf dem Zauberberge, heimlich wird, durchwandert zahlreiche Länder der Sinnlichkeit und des Ueberfünftlichen. Ihm wird eigentlich das ganze Weltreich des Greifbaren und auch des Unbegrifflichen aufgetan. Humanismus und Jesuitentum, kostbare Aufklärung und über- schraubte Reaktion, alles begegnet dem kleinen Hans Castorp, der auch aus der Hanse stammt, wie die Buddenbrooks, und der an sich und in sich auf dem Zauberberge die treibenden Kräfte des ganzen Erdballs verspüren soll. Der „Zauberberg“ ist ein belehrender Roman. Er gehört zum Gesamtwerk Thomas Manns, wie etwa die „Pädagogische Provinz“ zum Goetheschen „Wilhelm Meister“ ge- hört. Das heißt: das Abenteuerliche des Lebens wird in feste Ge- setze und Formeln geschmiebt. Trotzdem wirkt nichts in dem Buche kühnhaft. Der Schriftsteller Thomas Mann vermag eben alles aus- zudrücken, was er formen will.

Formen will er bis heute nur jene bürgerliche Welt, der er sich tief verwandt fühlt im Blute und in der Moral. Er wagt es nicht, diese Bürgerwelt zu verlassen. Er zögert gemiß nicht aus Feigheit, sondern darum nur, weil die prächtige und doch keineswegs prunk- liche Zivilisation, die er sich erwarb, ihm als edelste Blüte jenes Liberalismus erscheint, zu dem er sich bekennen möchte.

Ich wandere aus.

Von Karl Eitlinger (München).

Ihr kennt alle die Geschichte von dem jungen Mann, der nach Amerika durchbrannte und es dort in kurzer Zeit vom Schuhpuyer zum Dollar-Milliardär brachte. Wie er das machte? Sehr einfach! Er legte von jedem fünf Cents, die er fürs Schuhpuyen bekam, zehn Cents zurück, und wenn wir annehmen, daß er täglich nur hundert- tausend Schuhe puhte, so könnt Ihr Euch leicht ausrechnen, was das für ein Geschäft war.

Eine andere Methode, in Amerika im Handumdrehen reich zu werden, ist diese: man fährt nach New York und kauft sich einen Strohhut. Diesen Strohhut setzt man auf und wandert damit quer durch das Land. An jeder Quelle schöpft man Wasser in den Hut und läßt es durch das Strohhut ablaufen, bis man an eine Quelle kommt, bei der in dem Strohhut kleine Goldkörner zurückbleiben. Das ist dann eine goldhaltige Quelle, und die kauft man.

Schutzzoll für die Schnapphähne.



Einst lauerten in Büschen und in Hecken
Zu frechem Raub und Mord des Adels Recken
Mit Spieß und Schwert dem reichen Kaufmann auf.

Doch heut' mit deutscher Treu und deutschem Glauben
Geht man „geseklich“ an das große Rauben.
Der Schnapphähnezoll türmt Gelder bald zuhauf.

Wenn Städte hungern, Frau'n und Mütter trauern,
Braucht keinem Pfefferack man aufzulauern!
So ändert sich der Zeiten Lauf . . .

Oder man kann sich auch an eine Straßenede stellen und warten, bis das Kind eines Truistkönigs von einem Auto überfahren wird. Dann rettet man es schnell und wird von dem tränenerfüllten Vater zum Unioersalerden eingeseht. Das ist erst neulich im Film passiert.

Kurz, man hat unzählige Möglichkeiten, und deshalb gibt es auch in Amerika gar keine armen Leute und nirgends spielt sich ein Kon- kurrenzkampf so gemächlich ab. Nun besitze ich noch einen alten Strohhut, der sich ausgezeichnet zum Sieb eignet, und weil mir die Zustände in Europa ohnehin nicht besonders gut gefallen, sagte ich mir: Karichen, wandere aus! Mit anderen Worten: ich wurde von dem weitverbreiteten Aus- wanderungsieber ergriffen. Ein mir befreundeter Stenotypist z. B. war selbsten überzeugt, daß sich in New York Hunderttausende von Chefs die Haare ausraufen nach einem Stenotypisten, der nicht eng- lisch kann, und deshalb ist er nach Dollaria ausgewandert. Seitdem hat er nichts mehr von sich hören lassen —, wahrscheinlich schämt er sich jetzt meiner schabigen Bekanntheit.

Also ich verkaufte mein bißel Sach, um mir eine Fahrkarte nach Amerika zu lösen. Und wie's das Glück will, sehe ich ein Inserat: „Kostenvollen Rat für Auswanderer erteilt August Krawattendreher. Für Rückporto ist eine Mark beizulegen.“

„Hurra“, schreie ich, „das ist dein Mann! Was es doch für gute Menschen gibt!“ Also ich schrieb ihm einen Brief und legte statt der einen Mark drei bei, damit er merken sollte, daß er es mit einem intelligenten Menschen zu tun hatte. Ich setzte ihm auseinander, daß ich zu jeder Arbeit bereit sei, selbst wenn ich sie noch so wenig ver- stünde, und daß ich als ehemaliger Gymnasiast zwar nur mangelhaft englisch, dafür aber die Weltsprachen lateinisch und griechisch könne. Ueberhaupt besäße ich ein ausgesprochenes Sprachtalent, ich hätte erst jüngst eine Reise durch Niederbayern gemacht und mich ganz gut mit den Eingeborenen verstanden.

Offenbar imponierte mein Brief dem Menschenfreund Krawattendreher kolossal, denn er antwortete mir, ich müsse unter allen Um- ständen auswandern. Dies sei der Rat, den er gratis erteile. Weitere Auskünfte koste zehn Mark. Gerade an Leuten meiner Art sei drüben ein riesiger Mangel, und er habe in Amerika eine Menge Bekannte, die begeistert seien, wenn ihnen so einer wie ich begegne. Mit dem teilten sie den letzten Pfennig.

Diese Auskunft versetzte mich in einen Taumel des Entzückens. Denn wie angenehm ist es doch, wenn man auswärts gleich Bekannte hat, und ich nahm mir vor: so einem gebe ich gleich mein Geld zum Aufbewahren, sobald ich drüben ankomme.

Also ich schickte dem Krawattendreher zehn Mark, bedankte mich tausendmal und erhielt von ihm fünf hektographierte Blätter zum Studium Amerikas. Große Fleckchen waren drauf — jedenfalls da- mit ich seinen Wohlstand erkennen sollte.

Aus den Blättern erfuhr ich etwas ganz Neues. Nämlich in Amerika gibt es noch große Urwälder, und wer so ein Stück Urwald urbarmachen will, der kriegt es von der Regierung geschenkt: Herz, was willst du noch mehr? Man leiht sich einfach eine Axt, geht in den Urwald, haut die Bäume ab, pflanzt Weizen, Bananen und Sommerreichte und nagelt ein Brett an: „Knapperhlangens ist das Betreten meiner Farm untersagt!“ Sind zufällig ein paar Indianer in der Gegend, dann raucht man mit ihnen die Friedenapfeife und sagt: „Howogh“, „Squaw“ und „Stalp“, dann kommt man ausgezeichnet mit ihnen aus. Das Klima dort ist herrlich: wenn man das gelbe Fieber erst drei, viermal gehabt hat, ist man immun dagegen. Meistens kriegt man es übrigens nur einmal.

Den hektographierten Blättern lag noch ein Brief bei, in dem sich Herr Krawattendreher erbot, mir die Einreiselaubnis, den Paß und was sonst zum Auswandern gehört, gegen eine Gebühr von 150 M. zu besorgen. Dieses Entgegenkommen übertraf meine kühnsten Hoffnungen. Denn mit Behörden habe ich nicht gern zu tun; die verlangen immer den Geburtschein, Impfschein, Steuer- quittung —, Herr Krawattendreher verlangte gar nichts. Bloß die 150 M. Natürlich schickte ich sie ihm postwendend, d. h. ich schickte sie ihm telegraphisch, denn darum hatte er gebeten, und zwar schickte ich ihm zweihundert Mark, falls es etwas mehr kosten sollte.

Das war vor sechs Wochen. Seitdem bin ich ohne Nachricht von ihm. Ich habe brieflich bei ihm angefragt, ob das Geld bei ihm ein- getroffen sei, aber der Brief kam zurück mit dem Vermerk: „Adressat abgereist, unbekannt wohin.“

Hingegen habe ich heute einen anderen Brief bekommen, von dem ausgewanderten Stenotypisten: ich solle ihm um Gotteswillen Geld zur Heimsfahrt schicken, er sei am Verhungern. Er betrachte sich als eines der vielen Opfer gewissenloser Auswanderungsagenten.

„Hm! Am Ende ist es doch besser, sich als Aus- wanderungslustiger nicht an einen Krawattendreher zu wenden, sondern den Warnungen seiner Behörden Glauben zu schenken! . . .“

Auf jeden vierten Mann ein Automobil.

Der europäische Leser ist nicht mehr sonderlich überrascht, wenn ihm sein Leitblatt gelegentlich allerhand erstaunliche Ziffern über die Zunahme des Automobilverkehrs in den Vereinigten Staaten mit- teilt. Man weiß bereits, daß die amerikanische Automobilindustrie unter Jords Führung die aller anderen Länder überflügelt hat, und hat sich mit der Tatsache abgefunden, daß in der Union die meisten und billigsten Fahrzeuge produziert werden. 84 vom Hundert aller Automobile, die es auf der Erde gibt, fahren im Bande des Dollars, und Tag für Tag verlassen 7000 fertige Wagen Jordsche Werkstätten. All diese Zahlen, so eindrucksvoll sie auch sein mögen, geben indessen noch kein richtiges Bild davon, wie sehr die Vervollkommnung des Automobils das gesellschaftliche Leben und den sozialen Aufbau des amerikanischen Volkes umgeformt hat. Anschauliche Bilder von der völligen Umgestaltung des öffentlichen und privaten Lebens durch den Kraftwagen gibt Colin Koh in seinen lebendigen Reise- schilderungen. („Das Meer der Entscheidungen“ — Leipzig, Brod- haus).

In den großen Städten der Oststaaten bekommt man noch nicht den rechten Begriff von der Bedeutung des Automobils. Wer das Land der Automobile wirklich kennenlernen will, muß nach Kalifornien fahren. In diesem geeigneten Lande kommen auf vier Millio- nen Einwohner eine Million Personenaautos, das heißt jeder vierte Kalifornier oder sinnfälliger ausgedrückt: jede Familie hat ein Auto- mobil. Der Geschäftsmann, der Angestellte und nicht zuletzt der Arbeiter — sie alle fahren im Auto ins Bureau, zur Arbeitsstätte und lassen die Wagen auf der Straße stehen. Vor den Bureaus und Fa- brikten stehen die Wagenreihen. Sie warten vor den Geschäfts- häusern, sie füllen die Höfe und Nachbargelände der Schulen. Die Theater und Klublokale erkennen man abends an den Heerlagern der Automobile, und vor den Gotteshäusern stehen sie Sonntags so dicht aufeinander wie die Schirme in einer Theatergarderobe an einem Regentag. Die Plätze an den Straßenändern reichen längst nicht mehr aus, obwohl die Wagen senkrecht zur Front des Bürger- steiges aufgestellt werden müssen. Es gibt bereits „Autogarderohen“, weiße Plätze, wo man gegen eine geringe Gebühr den Wagen zur Aufbewahrung abgeben kann.

Das Auto ist heute in den Vereinigten Staaten im selben, ja in noch stärkerem Maße ein Verkehrsmittel der Arbeiterklasse wie in Europa das Fahrrad. Die Preise sind für den Arbeiter durchaus erschwinglich. Ein Ford-Wagen kostet 350 Dollar, einen Zweifischer kann man schon unter 300 Dollar bekommen, und wenn ein neuer Wagen zu teuer ist, der kann sich allenthalben einen gebrauchten für 150 Dollar kaufen. Der Durchschnittslohn des ungelerten Arbeiters beträgt bis 5 Dollar im Tage, der des gelernten Arbeiters 8 bis 10 Dollar, manche Kategorien erhalten sogar 12 Dollar. Bei einem Wochenlohn von 102 bis 240 M. kann sich ja jeder sparame Arbeiter ohne Schwierigkeit ein Automobil erwerben, zumal man fast immer auf Abzahlung kaufen kann. Mit Steuern sieht der Europäer in Kalifornien einfache Feldarbeiter, die weder lesen noch schreiben können, in ihren Wagen steigen, um zu ihren Familien zu fahren.

Das Bad in der Pflanze. Unter den mannigfaltigen Einrich- tungen, welche die Blumen besitzen, um die Insekten zu ihrer Be- fruchtung zu veranlassen, ist das „Badezimmer“, das die südamerika- nische Orchidee Coryanthes ihren Besuchern darbietet, wohl eine der seltsamsten. Die Blüte enthält in ihrem Innern ein „Futter- gewebe“, das von den sie besuchenden Insekten außerordentlich be- gegrt ist. Es scheint, daß dieses „Futter“ betäubend wirkende Stoffe enthält, denn wenn die Bienen sich an seinem Genuss erfreut haben, sinken sie alsbald in einen Kessel, der, den unteren Teil der Honig- lippe bildend, mit einer wässrigen Flüssigkeit angefüllt ist. Damit dieses Bassin nicht leer wird, ist sogar eine Einrichtung getroffen, durch die die Flüssigkeit ständig und tropfenweise von oben her immer wieder nachgefüllt wird. Wollen nun die Bienen das ihnen natürlich nicht gerade erwünschte Bad verlassen, so ist das nicht leicht, denn die Wände des Bassins sind glatt und gestatten kein Entkommen. Endlich finden sie eine kleine Öffnung, die ins Freie führt; drängen sie sich nun aber durch diese Öffnung hinaus, so werden sie gleichzeitig mit Pollenstaub überschüttet, und diesen Staub übertragen sie sodann bei einer anderen Blüte, die sie danach be- suchen, auf dem gleichen Weg auf die Narbe, denn sowohl die Narben wie auch die Pollenmassen befinden sich gerade da, wo die kleine Öffnung aus dem Badebassin ins Freie führt. Trotz des wenig angenehmen Bades, das die Bienen beim Besuch der Orchidee mit in den Kauf nehmen müssen, sind die Coryanthesblüten immer derart überlaufen, daß oft ganze Bienenprozessionen aus den kleinsten Bächern herauskommen. Die Befruchtung der Blüten ist also jeden- falls immer gesichert.

